



1  
2  
3  
4  
5  
6

# Entwurf Landtagswahlprogramm DIE LINKE

Landesparteitag 22.Januar 2011  
Trier

7		
8	Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!.....	4
9	Gute Arbeit – Wirtschaftspolitik für die Menschen .....	6
10	Gute Arbeit von der man leben kann!.....	6
11	Wirtschaftsdemokratie .....	6
12	ÖBS statt 1-Euro-Jobs: Ein Aktionsprogramm für 10 000 Jobs im Öffentlichen Beschäftigungssektor	
13	.....	7
14	Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Rheinland-Pfalz: 20 Milliarden Euro für Infrastruktur, Bildung,	
15	Verkehr und Umwelt .....	8
16	Soziale Gerechtigkeit.....	10
17	Öffentliche Daseinsvorsorge .....	10
18	Zukunftsfeste Renten .....	11
19	Gesundheit und Pflege .....	11
20	Sozialer Wohnungsbau für Rheinland-Pfalz.....	15
21	Jugend, Bildung und Wissenschaft.....	16
22	Jugend als eigenständige Lebensphase endlich anerkennen .....	16
23	Kinderbetreuung mit qualitativem Anspruch.....	17
24	„Eine Schule für Alle“ statt Schulchaos .....	17
25	Ausbildung – wichtiger denn je.....	18
26	Studium: Für eine selbst bestimmte Bildung .....	19
27	Forschung und Lehre: Für eine demokratische, ausfinanzierte und autonome Hochschule.....	20
28	Demokratie und Bürgerrechte.....	22
29	Mehr direkte Demokratie! Für das Land! .....	22
30	Mehr direkte Demokratie auch in den Kommunen!.....	22
31	Integration, Gleichstellung, Kulturelle Vielfalt der Lebensweisen.....	24
32	Gleichstellung von Mann und Frau: Für ein gleichberechtigtes Miteinander .....	24
33	Behindertenpolitik - „Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen“ .....	24
34	Gerechtigkeit und Teilhabe für alle.....	25
35	Kein Mensch ist illegal: Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik.....	26
36	Faschismus und Nationalismus bekämpfen.....	26
37	Pressefreiheit und Meinungsvielfalt schützen .....	27

38	Zugang zu Medien und Kultur für Alle ermöglichen .....	29
39	<b>Infrastruktur und Umwelt.....</b>	<b>31</b>
40	Den Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen .....	31
41	Nachhaltiger Tourismus für Rheinland-Pfalz.....	31
42	Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz schaffen.....	33
43	Ökologie und Soziales verbinden.....	34
44	Tierschutz: Für Verbandsklagerecht, gegen Tierversuche .....	35
45	Verbraucherschutz ausbauen.....	35
46	<b>Finanzen und Steuern. ....</b>	<b>37</b>
47	Für eine gerechte Finanzpolitik mit Zukunft: Einnahmen erhöhen statt Ausgaben kürzen.....	37
48	Kurzfristige Maßnahmen für Rheinland-Pfalz.....	38
49	<b>Für Frieden, Abrüstung und Konversion - Für ein Friedensland Rheinland-Pfalz.....</b>	<b>40</b>
50	Zivilgesellschaft stärken - Keine Bundeswehr im Inneren.....	40
51		

## 52 Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

53 DIE LINKE steht für soziale Gerechtigkeit in Rheinland-Pfalz, für mehr Demokratie, bessere  
54 Bildung und gute Arbeitsplätze. Während Wenige immer reicher werden, wissen immer mehr  
55 Menschen weder ein noch aus. Wir streiten für reguläre Beschäftigung und gegen unsichere  
56 und schlecht bezahlte Jobs, Zeitarbeit, befristete Arbeitsverträge sowie Minijobs. Das Land  
57 Rheinland-Pfalz braucht starke Kommunen, die Schwimmbäder, Jugendeinrichtungen,  
58 Kulturangebote sowie soziale Dienstleistungen für alle Menschen bereithalten und  
59 bezahlbaren Wohnraum anbieten. Bildung muss endlich auch in Rheinland-Pfalz allen  
60 Menschen gleichermaßen zugänglich sein, denn alle Kinder haben ein Recht auf eine  
61 lebenswerte Zukunft, in der sie ihre Chancen nutzen und ihre Neigungen frei von sozialer  
62 Herkunft entfalten können.

63 Es muss Schluss sein mit Sozialabbau, Vernichtung von Arbeitsplätzen und Privatisierung. In  
64 einem so reichen Land wie Rheinland-Pfalz ist Armut ein Skandal.

65 Der Landesregierung fehlt ein Leitbild für Rheinland-Pfalz: Statt in die Zukunft zu investieren,  
66 werden Steuergelder für unsinnige Vorhaben wie den Hochmoselübergang, Rheinquerung  
67 oder die Erlebniswelt Nürburgring verschleudert. Dabei hat unser Land großes Potential:  
68 Erneuerbare Energien und ökologischer Umbau der Automobilindustrie, sanfter Tourismus in  
69 einer einmaligen Wein-, Kultur- und Naturlandschaft oder die zivile Nutzung der Militärbasen  
70 als Technologieparks.

71 Die LINKE will eine bessere Politik: für mehr soziale Gerechtigkeit, gute Bildung und  
72 wirtschaftliche Vernunft. Um dies zu erreichen, wollen wir in den rheinland-pfälzischen  
73 Landtag einziehen!

74 Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftspolitischer Sachverstand brauchen eine glaubhafte  
75 Stimme im Land, dafür steht DIE LINKE. Hartz IV ist Armut per Gesetz und gehört  
76 abgeschafft. 1-Euro-Jobs sind moderne Sklaverei. Von Arbeit muss man leben können, und  
77 ohne Arbeit auch. Fallende Löhne sind nicht nur Diebstahl an den Beschäftigten sondern der  
78 sichere Weg in die nächste Krise. Deswegen fordern wir die:

- 79 - Abschaffung von Hartz IV,
- 80 - den gesetzlichen Mindestlohn,
- 81 - armutsfeste Grundsicherung und Renten sowie
- 82 - mehr und bessere Beschäftigung im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

83 Bildung ist ein Menschenrecht und die Zukunft unserer Kinder. Die Landesregierung hat  
84 bessere Bildung versprochen, aber in den letzten 16 Jahren so gut wie nichts getan. Im  
85 bundesweiten Vergleich belegt das rheinland-pfälzische Bildungssystem regelmäßig hintere  
86 Plätze. Die Zahlen des statistischen Bundesamtes zeigen: Landesregierung hat für Bildung  
87 zu wenig getan. Deswegen fordert Die LINKE:

- 88 - die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems,
- 89 - eine Schule für alle Kinder,

- 90 - ein kostenloses und nahrhaftes Schulessen,
- 91 - Lernmittelfreiheit,
- 92 - Kleine Klassen,
- 93 - Kurze Schulwege,
- 94 - die Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer und
- 95 - eine Erhöhung der Investitionen in Bildung mindestens auf das bundesweite
- 96 Durchschnittsniveau.

97 DIE LINKE ist die Partei der Gerechtigkeit, des Friedens und der sozialen Demokratie.  
98 Während die Banken mit Steuergeldern gerettet werden, aber weiter machen wie bisher,  
99 sollen Rentnerinnen und Rentner, Hartz IV-Empfänger und unsere Kinder die Rechnung  
100 bezahlen. Anstatt endlich in die Zukunft zu investieren, ruiniert die Regierung durch  
101 Investitionsstau und Steuergeschenke an Unternehmen und Superreiche das Land.  
102 Rheinland-Pfalz braucht ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Wir wollen:

- 103 - die Infrastruktur erneuern,
- 104 - den Öffentlichen Personennahverkehr zukunftsfähig machen,
- 105 - den landesweiten Sozialpass einführen,
- 106 - in erneuerbare Energien investieren und
- 107 - eine Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge.

108 Um unser Zukunftsinvestitionsprogramm zu finanzieren, brauchen wir ein gerechtes  
109 Steuersystem: Wir wollen Reichtum besteuern und die Profiteure des Kapitalismus zur  
110 Kasse bitten.

111 Die Landesregierung redet nur von sozialer Gerechtigkeit, wir machen Druck! Die LINKE ist  
112 die einzige Partei, die keine Spenden von Großunternehmen und Lobbyisten erhält. Eine  
113 starke LINKE in Rheinland-Pfalz gibt den Einkommensschwachen und der  
114 Bevölkerungsmehrheit wieder eine Stimme. Wir fordern mehr Mitbestimmung, ein besseres  
115 Bildungssystem, gute Arbeit und eine soziale Grundsicherung für alle Menschen.

116 Wir wollen eine starke Stimme sein für soziale Gerechtigkeit in Rheinland-Pfalz. Je stärker  
117 die LINKE, desto sozialer das Land.

118

## 119 Gute Arbeit – Wirtschaftspolitik für die Menschen

120 Gute Arbeit von der man leben kann!

121 Die „Arbeitsmarktreformen“ der letzten Jahre haben zu Armutslöhnen, Hartz-IV-Aufstockern,  
122 einer Zunahme der prekären Beschäftigung, einem Rückgang der Lohnquote und einem  
123 Abschmelzen des Tarifgefüges geführt. Arm trotz Arbeit – darunter leiden auch in Rheinland-  
124 Pfalz mehr und mehr Menschen. Das gefährdet aber auch die Finanzierung der sozialen  
125 Sicherungssysteme sowie der öffentlichen Infrastruktur und führt zu einer Ausgrenzung  
126 großer Bevölkerungsteile vom öffentlichen Leben.

127 *„Rund ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitet in neuen, häufig*  
128 *auch als „atypisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen. Hierzu gehören die befristete oder*  
129 *geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden. Nach Angaben*  
130 *des Statistischen Landesamtes in Bad Ems stieg der Anteil der abhängig Beschäftigten in*  
131 *diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz zwischen 1999 und 2009 von 21,2 Prozent*  
132 *auf 25,5 Prozent (Deutschland: 1999: 19,7 Prozent, 2009: 24,8 Prozent).“ Zitat aus einem*  
133 *Bericht des Statistischen Landesamtes vom 13.08.2010.*

134 DIE LINKE in Rheinland-Pfalz fordert:

135 - einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 € pro Stunde. Das ist gerecht und gut für die  
136 Binnenwirtschaft.

137 - Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. Der Europäische Gerichtshof hat die Tariftreue  
138 bei öffentlichen Aufträgen eingeschränkt. Nur Mindestlöhne oder  
139 allgemeinverbindliche Tarifverträge dürfen in der EU die „unternehmerische Freiheit“  
140 beschränken.

141 - ein Vergabegesetz, dass allgemeinverbindlichen Tarifverträgen Vorrang einräumt,  
142 wenn diese höhere Löhne als den Mindestlohn im Vergabegesetz vorsehen.

143 - Leiharbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken und Leiharbeiterinnen und  
144 Leiharbeiter mit den im Unternehmen direkt Beschäftigten gleichstellen.

145 - den Kündigungsschutz zu verbessern.

146 - Befristungen auf Ausnahmen zu beschränken

147 - 1 Euro Jobs verbieten

148

## 149 Wirtschaftsdemokratie

150 Die Finanz- und Wirtschaftskrise gefährdet rheinland-pfälzische Arbeitsplätze. In vielen  
151 Unternehmen wurde kurzgearbeitet, viele Unternehmen sind insolvent. Sie sind die traurige  
152 Bilanz der Krise sowie einer verfehlten Unternehmenspolitik. Dies gefährdet die Zukunft  
153 unseres Landes: Nachfrage bricht weg, traditionelle Industriestrukturen lösen sich auf und  
154 Arbeitsplätze werden vernichtet.

155 Wenn Betriebe vor dem Aus stehen, weil das Management Fehler macht, Investoren sich  
156 zurückziehen, Banken nur unzureichend Kredite vergeben oder krisenbedingt die  
157 Absatzmärkte wegbrechen, kann das Land nicht tatenlos zusehen. Die Belegschaften haben  
158 im Unterschied zu Managern die Zukunft ihres Unternehmens im Blick. Die Beschäftigten  
159 haben in den letzten Jahrzehnten den Reichtum unseres Landes geschaffen, wurden aber  
160 durch die unzureichende Lohnentwicklung systematisch benachteiligt.

161 Es muss endlich die Demokratie im Betrieb verwirklicht werden. In Artikel 67 der Verfassung  
162 des Landes Rheinland-Pfalz ist festgelegt, dass bei Entscheidungen, die die grundlegenden  
163 Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreffen, auch die Betriebsvertretung  
164 mitwirken muss. Dies war beispielsweise bei „Wolf Garten“ in Betzdorf, bei „Trelleborg“ in  
165 Höhr-Grenzhausen oder „Delphi“ in Bad Kreuznach nicht der Fall gewesen. Diese Betriebe  
166 sollen geschlossen und/oder verlagert werden, ohne dass die Belegschaft ein  
167 Mitspracherecht erhält.

168 Die LINKE wird sich für die Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen.

169 - DIE LINKE sagt: Steuergelder nur gegen Mitsprache oder öffentliches Eigentum. Die  
170 Alternative heißt aber nicht „Aktionärs- oder Staatswirtschaft“ sondern  
171 Belegschaftsbeteiligung. Das Mitarbeitermodell garantiert Mitbestimmung für die  
172 Beschäftigte, so dass diejenigen, die betroffen sind, auch diejenigen sind, die  
173 mitentscheiden. Durch das Mitarbeitermodell wollen wir Arbeit sichern, industrielle  
174 Strukturen erhalten, ausbauen und modernisieren sowie die Demokratisierung der  
175 Wirtschaft einleiten.

176 - DIE LINKE wird die Landesregierung auffordern, diesen Prozess durch entschiedene  
177 Maßnahmen zu unterstützen. Zum einen muss die Übergabe rechtlich abgesichert  
178 sein. Zum anderen benötigt die Betriebsleitung das entsprechende Wissen. Für  
179 beides soll das Land über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)  
180 finanzielle Mittel, Expertisen und sonstige Ressourcen zur Verfügung stellen.

181 - DIE LINKE fordert die obligatorische Einführung von Betriebsräten in allen  
182 Unternehmen, bei denen dies von der Belegschaft gefordert wird. Die Realisierung  
183 der Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebsvertretung muss in einem Gesetz  
184 umgesetzt werden.

185

186 ÖBS statt 1-Euro-Jobs: Ein Aktionsprogramm für 10 000 Jobs im Öffentlichen  
187 Beschäftigungssektor

188 Unabhängig von Wirtschaftskrise und Konjunktur gibt es in Rheinland-Pfalz eine hohe  
189 Arbeitslosigkeit mit vielen älteren und Langzeit-Erwerbslosen. Insbesondere in den  
190 strukturschwachen Regionen in der Pfalz oder im Hunsrück ist die Arbeitslosigkeit  
191 dramatisch. Gleichzeitig existiert ein großer Bedarf an notwendiger Arbeit im öffentlichen  
192 Leben.

193 Seit der Umsetzung der Hartz-Gesetze sind in Rheinland-Pfalz 7.500 reguläre,  
194 versicherungspflichtige Arbeitsplätze durch den rechtswidrigen Einsatz von Ein-Euro-Jobs  
195 vernichtet worden. Damit ist Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich der größte

196 Arbeitsplatzvernichter. Die Arbeitsplätze werden direkt oder indirekt abgebaut, verdrängt  
197 oder nicht wieder besetzt. Betroffen ist der öffentliche Dienst wie bei der Pflege von  
198 Grünanlagen, Schulen und Bürgerhäusern. Auch Küchenpersonal und Aushilfen in  
199 Kindertagesstätten und weitere Wirtschaftszweige wie in den Pflegeberufen, dem Maler- u.  
200 Baunebengewerbe oder dem Gartenlandschaftsbau sind betroffen.

201 Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an allen Beschäftigten ist mittlerweile  
202 selbst in den USA höher als in Deutschland, in Frankreich ist er doppelt so hoch. Hätte  
203 Deutschland denselben Anteil an Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie Dänemark, würde  
204 dies 5 Millionen zusätzliche Jobs bedeuten.

205 DIE LINKE kämpft für reguläre Stellen im öffentlichen Dienst. Deswegen fordern wir:

- 206 - Abschaffung der der unsäglichen 1-€-Jobs,
- 207 - Die Ersetzung dieser Jobs durch tarifliche entlohnte, sozialversicherungspflichtige  
208 Stellen im öffentlichen Dienst,
- 209 - Zusätzlich zu diesen Stellen wollen wir 10 000 Stellen im Öffentlichen  
210 Beschäftigungssektor (ÖBS) schaffen.

211 Was heißt das konkret? Der ÖBS soll genau dort Beschäftigung schaffen, wo der „Markt“ sie  
212 nicht erzeugt und der Staat sie nicht sieht, ein Bereich, der aber trotzdem von  
213 gesellschaftlichem Nutzen ist. Das bedeutet, dass die rechtswidrige Praxis, reguläre  
214 Beschäftigung beispielsweise im Handwerk oder in der Kindererziehung durch 1-Euro-Jobs  
215 zu ersetzen, im Falle des ÖBS nicht fortgesetzt wird.

216 Ursprünglich sollten die 1-Euro-Jobs – und daran erinnert sich heute kaum noch jemand –  
217 durch zusätzliche Beschäftigung eine Eingliederung in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt  
218 erleichtern! Und genau solche Jobs wollen wir nicht als 1-Euro-Jobs, sondern als  
219 repressionsfreie Stellen im ÖBS, die die Würde des Menschen achten und gesellschaftliche  
220 Bedürfnisse professionell und anständig entlohnt befriedigen.

221 ÖBS-Stellen sind tariflich entlohnt. Liegt die tarifliche Entlohnung aber unter 10,-€ pro Stunde  
222 (1600,-€ pro Monat brutto), dann soll ein Mindestlohn von 10,-€ pro Stunde gezahlt werden.

223

224 Ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Rheinland-Pfalz: 20 Milliarden Euro für  
225 Infrastruktur, Bildung, Verkehr und Umwelt

226 Um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Zukunft zu schaffen, Arbeitsplätze zu  
227 sichern und die Lebensqualität zu verbessern, fordern wir ein Infrastrukturprogramm für  
228 Rheinland-Pfalz. Eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in unserem Land erfordert  
229 mehr öffentliche Investitionen. Unser Zukunftsinvestitionsprogramm umfasst die Bereiche  
230 Bildung und Wissenschaft, Verkehr und Umwelt, Industrie und Tourismus sowie die  
231 kommunale Daseinsvorsorge.

232 Wir wollen jedes Jahr zusätzlich 4 Mrd. Euro über einen Zeitraum von 5 Jahren investieren.



233 Das rheinland-pfälzische Bildungssystem entspricht weder bundesweiten Standards, noch  
234 stellt es allen Kindern die Bildungschancen zur Verfügung, die für ein selbst bestimmtes  
235 Leben nötig sind. Die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere im Öffentlichen  
236 Personennahverkehr (ÖPNV), ist eine Mobilitätsbremse. Viele Kommunen sind pleite und  
237 können ihren Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge kaum noch nachkommen:  
238 Schwimmbäder werden abgerissen, in den Schulen fällt der Putz von den Wänden,  
239 Straßenschäden werden nur noch provisorisch behoben, wenn überhaupt.

240 Die LINKE in Rheinland-Pfalz will im Konzert mit den Kommunen, den angrenzenden  
241 Ländern, dem Bund und der Europäischen Union durch groß angelegte Investitionen Arbeit  
242 schaffen, das Land modernisieren und die sozial-ökologische Wende einleiten. Um das Land  
243 für die zentralen Herausforderungen der Zukunft optimal aufzustellen, muss investiert  
244 werden, und zwar:

- 245 - in den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs,
- 246 - die Förderung einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft,
- 247 - die ökologisch nachhaltige Konversion veralteter Wirtschaftsbranchen,
- 248 - die Förderung alternativer Energien,
- 249 - Bildung und Wissenschaft von der frühkindlichen bis zur höheren Bildung
- 250 - sowie die Erneuerung der kommunalen Infrastruktur.

251 Viele dieser Aufgaben berühren unterschiedliche staatlicher Ebenen. Hierzu zählt  
252 insbesondere die Steuerpolitik. Ohne eine radikale Wende hin zu einer deutlich stärkeren  
253 Besteuerung von Spitzeneinkommen und Vermögen sind die notwendigen  
254 Zukunftsinvestitionen nicht finanzierbar. Deshalb soll sich das Land Rheinland-Pfalz über  
255 den Bundesrat insbesondere für die

- 256 - Einführung einer Vermögens- bzw. Millionärsteuer,
- 257 - der Gemeindewirtschaftsteuer und
- 258 - eine Anhebung des Spitzensteuersatzes sowie
- 259 - für die Entschuldung der Kommunen stark machen.

260 Alleine die Millionärssteuer von 5 Prozent auf Vermögen über 1 Million Euro brächte 3,5  
261 Milliarden Euro jährlich für Rheinland-Pfalz. Ein Zukunftsinvestitionsprogramm ist  
262 finanzierbar.

263

## 264 Soziale Gerechtigkeit

### 265 Öffentliche Daseinsvorsorge

266 In den Kommunen werden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die unser Leben unmittelbar  
267 berühren. Die Städte, Gemeinden und Kreise übernehmen zahlreiche Aufgaben in der  
268 Daseinsvorsorge. Wenn die Kommunen diese Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können,  
269 bekommen das die Menschen zu spüren. Aufgrund der Steuerpolitik von SPD und Grünen,  
270 CDU und FDP stehen heute fast alle Kommunen vor dem finanziellen Ruin. Sie können ihre  
271 Aufgaben nicht mehr wahrnehmen und verscherbeln mit der Privatisierung kommunalen  
272 Eigentums ihr Tafelsilber.

273 Die Patentrezepte der neoliberalen Privatisierungsideologie haben sich für die meisten  
274 Kommunen als Flop erwiesen. Cross-Border-Leasing-Modelle haben sich ebenso wie  
275 „Public-privat-partnership“-Projekte als unsolide und sehr teuer erwiesen.

276 Die öffentliche Daseinsvorsorge wird ausgedünnt: Schwimmbäder werden abgerissen,  
277 Bibliotheken, Theater, Museen schließen, andere öffentliche Einrichtungen insbesondere die  
278 Betriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge werden privatisiert. Kommunale Straßen gleichen  
279 Schlaglochpisten, Innenstädte verfallen, die Kanalisation und das Stromnetz sind marode  
280 und drohen in absehbarer Zeit zusammen zu brechen. Die öffentliche Verwaltung wird  
281 ausgedünnt, soziale Dienstleistungen zurückgefahren und Vereinen aus Kultur und Sport  
282 werden die Zuwendungen gestrichen. Gerade in den ländlich geprägten Regionen fehlt es  
283 zunehmend an grundlegenden Einrichtungen für die Aufrechterhaltung von öffentlichen  
284 Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Bildung.

285 DIE LINKE tritt für bezahlbare Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen  
286 Gütern und Dienstleistungen ein.

287 Wir fordern:

- 288 - Keine weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen,
- 289 - Rekommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter Betriebe der  
290 Daseinsvorsorge,
- 291 - Stärkung der Kommunen durch eine bessere Finanzausstattung
- 292 - Sozialtarife für bezahlbare Energieversorgung

293 Um die Kommunen wieder in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu  
294 erfüllen, fordern wir:

- 295 - eine Entschuldung der Kommunen,
- 296 - die Einführung einer Gemeindefinanzsteuer sowie
- 297 - die Abschaffung des Steuerwettbewerbs zwischen den Kommunen.

298 Die Gewerbesteuer ist die wichtigste, weil ergiebigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre  
299 Erweiterung zur Gemeindefinanzsteuer erbringt mehr dauerhafte, verlässliche und

300 deutlich höhere Einnahmen für die Kommunen. Alle unternehmerisch Tätigen sind bei  
301 angemessenen Freigrenzen steuerlich zu erfassen und die Bemessungsgrundlage  
302 auszuweiten. Um den ruinösen Wettbewerb um Wirtschaftsstandorte insbesondere zwischen  
303 den großen Städten und den umliegenden Gemeinden zu unterbinden, fordern wir eine  
304 Gemeindegebietsreform in den rheinland-pfälzischen Oberzentren bei Beibehaltung und  
305 Ausbau einer wohnortnahen Verwaltungsdienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger.

306

### 307 Zukunftsfeste Renten

308 Heute erreichen immer mehr Männer und Frauen ein hohes Alter und sind nach dem  
309 Ausscheiden aus dem Beruf länger gesund, aktiv und autonom. Dies ist eine der großen  
310 Leistungen der Zivilisation und ein gesellschaftlicher Reichtum, der bewahrt und gestärkt  
311 werden muss.

312 Dem gegenüber sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut betroffen. Die  
313 jetzigen Rentenreformmaßnahmen werden diesen Trend weiter fortführen. Die zunehmende  
314 Privatisierung der Altersvorsorge sehen wir mit großer Sorge.

315 DIE LINKE setzt sich über Bundesratsinitiativen dafür ein, dass:

- 316 - Die gesetzliche Rentenversicherung wieder Maßstab der Altersversorgung wird,
- 317 - Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger in die gesetzliche Rentenversicherung,
- 318 - Die Beitragsbemessungsgrenze sofort erhöht und dann schrittweise aufgehoben wird,
- 319 - Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre zurückgenommen wird,
- 320 - Die Kürzungsfaktoren abgeschafft werden,
- 321 - Frauen einen gerechten Rentenanspruch erwerben insbesondere durch Anerkennung  
322 von Kindererziehungszeiten vor 1992,
- 323 - Die Grundsicherung im Alter eine Leben nach der Erwerbsarbeit in Würde ermöglicht.

324

### 325 Gesundheit und Pflege

326 Gesundheit geht uns alle an. Gesundheits- und Pflegepolitik sind für viele Menschen das  
327 wichtigste Politikfeld überhaupt, und durch den demografischen Wandel wird es noch  
328 wichtiger werden.

329 Wer krank oder pflegebedürftig wird, merkt buchstäblich am eigenen Leib, wie es um die  
330 Gesundheitspolitik bestellt ist und wie teuer Gesundheitsleistungen werden können.  
331 Mittlerweile muss man beim Arzt 10 € pro Quartal zahlen, bei Medikamenten werden hohe  
332 Zuzahlungen fällig, 14€ müssen pro Tag im Krankenhaus zugezahlt werden. Mittlerweile  
333 kann man den „sozialen Status“ eines Menschen auch wieder an den Zähnen erkennen: um  
334 eine Brücke oder eine Krone bezahlen zu können, müssen mehrere hundert Euro vom

335 Patienten aufgebracht werden. Bei den frei verkäuflichen Medikamenten und bei Brillen gibt  
336 es für die allermeisten Patientinnen und Patienten überhaupt keine Hilfe der Krankenkasse  
337 mehr.

338 Neben vielen bundespolitischen Themen, die für die Gesundheitsversorgung in Rheinland-  
339 Pfalz eine Rolle spielen, gibt es auch landespolitische Kompetenzen. So obliegt die  
340 Krankenhausfinanzierung teilweise den Ländern und wie so häufig, funktioniert die  
341 Selbstdarstellung der Landesregierung besser als das Regierungshandeln selbst. Das  
342 Krankenhausinvestitionsprogramm der Landesregierung in Höhe von 118 Mio. Euro, davon  
343 67 Mio. für Einzelmaßnahmen und 51 Mio. für die Pauschalförderung war auch im Jahr 2007  
344 schon auf dem gleichen Niveau, das bedeutete eine Aufwendung für die Krankenhäuser pro  
345 Einwohner in Höhe von 29,30 Euro pro Jahr. Damit lag Rheinland-Pfalz auf dem 5.- letzten  
346 Rang im bundesweiten Vergleich und schlechter als die Nachbarn Saarland und Hessen.

347 Der Mensch ist im Gesundheitssystem zum reinen Kostenfaktor geworden. In kaum einem  
348 entwickelten Land sind die Ausgaben für die Patienten in Krankenhäusern so niedrig wie in  
349 Deutschland. Die „Kosten pro Fall“ sind niedrig, was man einerseits mit der eher niedrigen  
350 Personalausstattung, zum anderen mit der Verteilung der Kosten auf viele Fälle erklären  
351 kann. So sichern 10,8 Krankenhausmitarbeiter je 1.000 Einwohner die stationäre Versorgung  
352 in Deutschland, während zum Beispiel in Österreich 15,3, Irland 14,9 und Italien 12,3  
353 Mitarbeiter pro tausend Einwohner in der stationären Versorgung arbeiten. Den höchsten  
354 Personaleinsatz im Krankenhaus verzeichnen die USA mit einem Wert von 16,1. Bei den  
355 Krankenhauskosten pro Fall wurden in Deutschland 2005 im Durchschnitt pro Patient 5.478  
356 Dollar aufgewendet, während die Vereinigten Staaten 13.452 Dollar, Luxemburg 11.640  
357 Dollar, Kanada 10.334 Dollar, Italien 6.803 Dollar oder Schweden 5.674 Dollar aufwendeten.

358 DIE LINKE kritisiert, dass auch im Gesundheitssystem ganze Regionen abgehängt werden.  
359 In Rheinland-Pfalz zeigen sich große regionale Unterschiede in der Gesundheitsversorgung.  
360 Das Billiger – ist – besser – Prinzip spielt auch eine Rolle beim so genannten Kliniksterben.  
361 Kliniken mit niedrigen Betriebskosten und hoher Produktivität sind nun im Vorteil. Niedrige  
362 Betriebskosten gehen natürlich in der Tendenz zu Lasten der Beschäftigten, deren Löhne  
363 gedrückt werden müssen. Durch die Reform ist es zu Privatisierungsdruck gekommen. In der  
364 Regel werden Krankenhäuser in wirtschaftlich prekärer Situation von den Gemeinden,  
365 Kreisen und den Ländern (z. B. Universitätskliniken) an private Krankenhausketten verkauft.

366 DIE LINKE lehnt daher Privatisierungen und Teilprivatisierungen, wie z.B. an den Mainzer  
367 Universitätskliniken kategorisch ab!

368 Auch in Rheinland-Pfalz gibt es einen klaren Trend zu großen Krankenhäusern. Die Zahl der  
369 kleinen Krankenhäuser hat sich hingegen verringert. Es besteht die Gefahr, dass in  
370 strukturschwachen Gebieten die flächendeckende Versorgung mit allen Leistungen nicht  
371 mehr gewährleistet werden kann.

372 Die Wirtschaftskrise verschärft die Situation, da die Steuereinnahmen der Kommunen  
373 einbrechen. Das jährliche Defizit der kommunalen Kliniken könnte sich in den nächsten drei  
374 Jahren auf 439 Mio. Euro fast verdoppeln, so das RWI.

375 Die Versorgung im Bereich der Krankenhäuser ist in Rheinland-Pfalz ohnehin regional stark  
376 unterschiedlich. Insbesondere auf dem Land ist die Bettenzahl pro 100000 Einwohner oft

377 deutlich geringer als in der Stadt. In einigen Kreisen ist die notärztliche Versorgung nur noch  
378 mit dem Hubschrauber aus der nächsten Stadt möglich.

379 Während in den kreisfreien Städten 358 Einwohner auf einen Arzt kommen, sind es in den  
380 Landkreisen 704 Einwohner je Arzt; in ganz Rheinland-Pfalz sind es 565 Einwohner je Arzt.

381 Für DIE LINKE ist es deshalb unerlässlich, eine grundlegende Reform der Finanzierung des  
382 Gesundheitssystems anzustreben. Nur mit einer solidarischen Bürgerversicherung – ohne  
383 Versicherungspflichtgrenze und Beitragsbemessungsgrenze –, in die alle in gleicher Weise  
384 einzahlen, ist eine gerechte Finanzierung von Gesundheit und Pflege möglich. Derzeit  
385 stehen sich gerade die Gesunden und Reichen aus ihrer Verantwortung, damit muss  
386 Schluss sein!

387 Wer die Finanzierung in Gesundheit und Pflege anspricht, darf von Lohndrückerei –  
388 besonders in der Pflege – nicht schweigen. Wir brauchen eine gerechte Finanzierung, aber  
389 auch gerechte Löhne. Auffällig ist, dass 42% aller erwerbstätigen Frauen in atypischen  
390 Beschäftigungsverhältnissen tätig sind. In den „Gesundheitsberufen“ sind, wenn man von  
391 den Ärzten absieht, überwiegend Frauen tätig. Wir brauchen mehr Stellen in der Pflege und  
392 eine spürbare Aufwertung des Berufsbildes. Der Beruf der Pflegerin, des Pflegers muss  
393 mehr Anerkennung erhalten und höhere Löhne für die Beschäftigten bedeuten.

394 Die LINKE spricht sich gegen die Einführung der Kapitaldeckung in der Pflege ein. Wir sind  
395 für den Ausbau und die Weiterentwicklung der umlagefinanzierten Sozialversicherungen, die  
396 Einführung der Kapitaldeckung in der Pflege wäre der Anfang vom Ende der solidarischen  
397 Versicherung.

398 DIE LINKE lehnt es außerdem ab, den Zugang zur Pflege auf diese Weise vom Geldbeutel  
399 der Betroffenen abhängig zu machen. Es ist ebenfalls nicht zu akzeptieren, dass die Beiträge  
400 der Versicherten in der kapitalgedeckten Versicherung auf den internationalen  
401 Finanzmärkten riskiert werden.

402 Der Bedarf an Pflegekräften wird in den nächsten Jahren stark ansteigen. Die vorhandenen  
403 Bemessungsinstrumente reichen nicht aus. DIE LINKE RLP fordert daher den Einsatz  
404 analytischer Personalbemessungsinstrumente um diesem Mangel entgegenzuwirken.  
405 Außerdem setzen wir uns für eine Reform der Pflegeabsicherung ein. Dafür brauchen wir  
406 einen neuen Pflegebegriff. Wir fordern:

407 - Wir wollen die Pflegeversicherung ausbauen. Sie muss mehr sein als eine  
408 „Teilkasko“. Ihre Leistungen müssen angehoben werden.

409 - Menschen mit demenziellen Erkrankungen muss endlich geholfen werden.  
410 Angehörige und ehrenamtliche Helfer müssen stärker unterstützt werden.

411 - Menschen, deren Angehörige plötzlich pflegebedürftig werden und die selbst pflegen  
412 (müssen) sind häufig zunächst überfordert. Wir dürfen sie nicht allein lassen, sie  
413 bedürfen gesellschaftlicher Unterstützung. Sie sollen 6 Wochen von der Arbeit  
414 freigestellt werden, wenn sie es wünschen. Während dieser Zeit müssen sie  
415 Lohnersatzleistung erhalten können.

- 416 - Die Pflege muss aufgewertet werden. Für die vielen Beschäftigten muss gelten:  
417 Gutes Geld für gute Arbeit!
- 418 - Wir wollen die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und  
419 Pflege. Mit ihr lassen sich alle erforderlichen Leistungen solide und gerecht  
420 finanzieren.
- 421 - die Pflegestützpunkte müssen von den Kommunen bzw. den Landkreisen betrieben  
422 werden, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Selbsthilfeeinrichtungen. An der  
423 Beratung sind weder die Kassen noch Anbieter von Pflegeleistungen zu beteiligen.
- 424 - Wohnprojekte, auch Mehrgenerationenprojekte sind zu fördern. Bei der Ausweisung  
425 von Neubaugebieten sind entsprechenden Projektträgern spezielle Angebote zu  
426 unterbreiten.
- 427 - der Wohnungsbau ist so zu fördern, dass eine ausreichende Zahl von bezahlbaren  
428 seniorInnenberechtigten Wohnungen zur Verfügung steht.
- 429 - die Rechte der Heimbeiräte der SeniorInnenvertretungen und der Behindertenbeiräte  
430 zu stärken. Ihre Mitwirkungsmöglichkeiten müssen präziser definiert werden.
- 431 - die wohnortnahe geriatrischen Rehabilitation sicherzustellen
- 432 DIE LINKE kämpft für die Rechte der Patienten und Versicherten. Bestrebungen zur  
433 Rationalisierung und Kommerzialisierung im Gesundheitssystem erteilen wir eine klare  
434 Absage. Wir wollen den solidarischen Charakter der gesetzlichen Krankenversicherung  
435 erhalten und ausbauen. Die in Deutschland herrschende Zwei-Klassen-Medizin kritisieren wir  
436 auf das Schärfste. Wir wollen, dass jeder alle medizinisch notwendigen Leistungen von der  
437 Krankenkasse bezahlt bekommt. Jeder Mensch hat das Recht, in seiner Region  
438 medizinische und pflegerische Betreuung zu erhalten; die Unterversorgung der ländlichen  
439 Gebiete werden wir bekämpfen. Das ganze Gesundheitssystem darf nicht dem Diktat des  
440 Profits unterworfen werden, es ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Finanzierung  
441 muss solidarisch und nach dem Umlageprinzip erfolgen.
- 442 Die Preise für Arzneimittel dürfen sich nicht am maximalen Profit orientieren. Wir brauchen  
443 eine unabhängige, bedarfsorientierte und transparente Forschung. Alle Studienergebnisse  
444 müssen öffentlich gemacht werden. Praxisgebühr und Zuzahlungen wollen wir als  
445 Instrumente einer Zweiklassen-Medizin wieder abschaffen. Die Gesundheit der Bevölkerung  
446 muss eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben. Medizinische  
447 Versorgungszentren sind keine Profitcenter von Unternehmen und Freiberuflern. Eine  
448 flächendeckende, in angemessener Zeit erreichbare Versorgung mit Arztpraxen und  
449 Krankenhäusern ist zu gewährleisten. Die Integrierte Versorgung nach dem Vorbild der  
450 Polikliniken muss weiter entwickelt, kommunale Gesundheitsdienste müssen ausgebaut  
451 werden. Die Krankenhausfinanzierung seitens des Landes ist auszubauen. Privatisierungen  
452 und Teilprivatisierungen lehnen wir ab!
- 453
- 454

## 455 Sozialer Wohnungsbau für Rheinland-Pfalz

456 Während die Preise für viele laufenden Ausgaben wie Nahrungsmittel in den letzten Jahren  
457 und Jahrzehnten massiv gesunken sind, blieben die Ausgaben für die Miete von diesem  
458 Trend ausgenommen. Im Verhältnis zu den anderen laufenden Ausgaben zum  
459 Lebensunterhalt wie Strom, Wasser, Ernährung, Bildung, Mobilität und Ausgaben für Freizeit  
460 und Kultur sind die Aufwendungen für Miete mittlerweile der größte Ausgabeposten.  
461 Während obere Einkommensschichten die hohen Mietenausgaben als Hauptausgabeposten  
462 problemlos bewältigen können, trifft dies gerade kleine und mittlere Einkommen besonders  
463 hart. Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht den Gesetzen des Marktes überlassen  
464 werden.

465 Durch Sozialen Wohnungsbau kann hier Abhilfe geschaffen werden.

466 Aus diesem Grunde wäre eine politische Initiative in diesem Bereich wünschenswert, sinnvoll  
467 und wirksam. Wir setzen uns ein für:

- 468 - Bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwächere Menschen und Familien mit  
469 Kindern,
- 470 - Altersgerechtes barrierefreies Wohnen auch für einkommensschwache Schichten,
- 471 - Mehrgenerationenhäuser und betreute Wohnformen durch den sozialen  
472 Wohnungsbau finanziert.

473

474 **Jugend, Bildung und Wissenschaft**

## 475 Jugend als eigenständige Lebensphase endlich anerkennen

476 Unter der neoliberalen Beschleunigung des Alltags, die sich in zunehmendem Stress,  
477 Leistungsdruck und fremd bestimmter Arbeitsbelastung äußert, leiden Jugendliche  
478 besonders. Die für die Persönlichkeitsentwicklung so wichtige Jugendzeit zwischen Kindheit  
479 und Erwachsensein wird immer stärker verdichtet und verkürzt. Nicht nur der Leistungsdruck  
480 in der Schule, sondern auch die durch Massenmedien vermittelten Leistungsansprüche an  
481 junge Menschen schüren Zukunfts- und Versagensängste und fördern eine unsolidarische  
482 Ellenbogenkultur.

483 Die LINKE setzt sich für eine eigenständige Jugendpolitik ein, eine Jugendpolitik, die der  
484 Situation junger Menschen sowohl im Alltag als auch in Schule und Beruf entspricht. Bildung  
485 ist mehr als Schule.

486 - Wir fordern im Rahmen einer „Schule für alle“ die Ganztagschule, die den  
487 Schülerinnen und Schülern Kultur- und Sportangebote, kreative Freizeitgestaltung  
488 sowie Hausaufgabenhilfe anbietet. In diesem Rahmen muss Jugendlichen  
489 Verantwortung übertragen werden, damit sie den souveränen Umgang mit  
490 Entscheidungen nicht nur für ihr späteres Leben erlernen, sondern schon frühzeitig  
491 praktizieren.

492 Um Jugendliche in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden sowie am  
493 allgemeinen politischen und kulturellen Leben zu beteiligen:

494 - setzen wir uns ein für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre,

495 - die Einführung flächendeckender Jugendbeiräte sowie mehr Befugnisse von  
496 SchülerInnenvertretungen.

497 - Jugendlichen muss von der öffentlichen Hand auch jenseits der Schule Kultur-, Sport-  
498 und Freizeitangebote zur Selbstentfaltung und Selbstfindung bereitgestellt werden.  
499 Wir sprechen uns entschieden gegen jede Form von Kürzungen im Jugend-, Kultur-  
500 und Bildungsbereich aus.

501 DIE LINKE setzt sich auch für eine Reform im Jugendstrafvollzug ein. Die Rückfallquote bei  
502 jugendlichen Straftätern kann durch gezielte Maßnahmen verringert werden.

503 Wir setzen uns ein für:

504 - ein Programm für Schulabbrecher (59% im Strafvollzug ohne Abschluss, 9,9% in der  
505 Gesamtpopulation) zum Erwerb eines Schulabschlusses

506 - Vermeidung der Abschiebung von jugendlichen Straffälligen.

507 - eine qualifizierte und engagierte Nachsorge (mehr als die Hälfte wird in den ersten  
508 beiden Jahren rückfällig)

509 - Evaluation von Maßnahmen im Strafvollzug gemäß dem BVG-Urteil vom 30.Mai 2006



## 510 Kinderbetreuung mit qualitativem Anspruch

511 DIE LINKE will umfassende Kinderbetreuung für alle Kinder in Rheinland-Pfalz: Die  
512 internationalen Erfahrungen zeigen eine umfassende und hochqualifizierte Kinderbetreuung  
513 ist der Schlüssel für Beschäftigungschancen der Eltern und exzellente Bildung der Kinder.  
514 DIE LINKE verbindet ihre Forderung zur Kinderbetreuung mit der frühkindlichen Bildung.  
515 Kinder lernen am besten von und mit anderen Kindern. Wir fordern den Rechtsanspruch auf  
516 Ganztagsbetreuung als Recht des Kindes.

517 Wir setzen uns ein:

518 - für das Recht der Kinder auf gebührenfreie, qualitativ hochwertige öffentliche  
519 vorschulische Bildung.

520 - Für kleinere Kita-Gruppen um eine wirklich kindgerechte Betreuung zu gewährleisten  
521 und Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten,

522 - für ein kostenfreies Mittagessen in Kitas,

523 - der gebührenfreie Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Musikschulen, Theatern  
524 und Sportstätten wie Schwimmbäder, Turnhallen und Sportplätzen,

525 - für Sprachförderung von Migrantenkindern,

526 - für die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung.

527 DIE LINKE unterstützt die Forderung der Beschäftigten in Kindertagesstätten nach  
528 Anerkennung ihrer Arbeit, Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, nach angemessener  
529 Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen.

530 Wir wollen eine Bundesratsinitiative für einen umfassenden Anspruch auf öffentliche  
531 Kinderbetreuung und eine Reform der Ausbildung und Vergütung der unterbezahlten  
532 Kinderbetreuer/innen.

533

## 534 „Eine Schule für Alle“ statt Schulchaos

535 Das gegliederte rheinland-pfälzische Schulsystem zementiert soziale Ungleichheiten schon  
536 im Kindesalter und verbaut die Zukunftschancen vieler Kinder. Die Reform des überholten  
537 dreigliedrige Schulsystem hat das derzeitige chaotische Nebeneinander von Gymnasium,  
538 Integrierter Gesamtschule, Realschule, Realschule plus und Hauptschule sowie diverser  
539 privater Bildungseinrichtungen zur Folge.

540 - DIE LINKE fordert die Gemeinschaftsschule als Regelschule. Weil sie für alle  
541 Schüler/innen ein hohes Bildungsniveau garantiert, trägt die Gemeinschaftsschule  
542 dazu bei, Ungleichheiten abzubauen und allen Kindern eine gute Zukunft zu  
543 ermöglichen. Unser Schulkonzept sieht längeres gemeinsames Lernen vor, bietet  
544 verschiedene Abschlüsse an, führt Kinder unterschiedlicher sozialer und ethnischer  
545 Herkunft zusammen und integriert Menschen mit Behinderung. Wir wollen, dass alle

546 Kinder bis zum Abschluss der Sekundarstufe I gemeinsam lernen und Bildung auf  
547 dem höchsten Niveau für alle kostenlos zugänglich wird.

548 Bei den Pro-Kopf-Ausgaben liegt Rheinland-Pfalz mit 5000 € deutlich hinter dem  
549 strukturschwachen Thüringen (6600 €). Wer an Bildung spart, verkauft die Zukunftschancen  
550 unserer Kinder. DIE LINKE fordert, die Bildungsausgaben deutlich zu steigern, um kurzfristig  
551 wenigstens das bundesweite Durchschnittsniveau zu erreichen und langfristig die  
552 Bildungsausgaben am tatsächlichen Bedarf zu orientieren. Wir sprechen uns gegen jede  
553 Form von Privatisierung und Eliten-Erziehung im Bildungswesen aus.

554 - DIE LINKE setzt sich für die Schaffung kleiner Klassen und Lerngruppen ein. Das  
555 Lehrer-Schüler-Verhältnis in Rheinland-Pfalz entspricht nicht den OECD-Standards  
556 und liegt im bundesweiten Vergleich im unteren Drittel. Wir brauchen deutlich kleinere  
557 Klassen und individuelle Förderung, um den unterschiedlichen Neigungen, Stärken  
558 und Schwächen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden zu können.

559 - Wir fordern mehr Personal an rheinland-pfälzischen Schulen, um mittelfristig  
560 internationalen und nationalen Standards gerecht zu werden. Die  
561 Ungleichbehandlung der Lehrkräfte ist abzuschaffen. Neben den Lehrerinnen und  
562 Lehrern soll sozialpädagogisch und psychologisch ausgebildetes Personal eingesetzt  
563 werden. Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule, die den Schülerinnen  
564 und Schülern Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe sowie kulturelle und sportliche  
565 Aktivitäten nach der Unterrichtsphase anbietet. Ein kostenloses und nahrhaftes  
566 Mittagessen für alle ist für uns selbstverständlich.

567 Langfristig fordern wir eine bildungspolitische Initiative für Rheinland-Pfalz, die  
568 Elternverbände, Gewerkschaften, Schülervvertretungen und Experten einbezieht. Die  
569 rheinland-pfälzische Schullandschaft ist nicht nur durch ein chaotisches Nebeneinander von  
570 unterschiedlichen Schulformen und schlechte Schüler-Lehrer-Relationen gekennzeichnet,  
571 sondern reproduziert und verschärft bestehende soziale Ungleichheiten. Menschen aus  
572 bildungsfernen Schichten, mit Behinderung und mit Migrationshintergrund sind davon  
573 besonders betroffen. Um auch den benachteiligten Kindern eine Chance zu geben, brauchen  
574 wir langfristig die flächendeckende Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild.

575

576 **Ausbildung – wichtiger denn je**

577 Die betriebliche Ausbildung muss verbessert werden, um jungen Menschen einen  
578 erfolgreichen Start in ein gutes und erfülltes Berufsleben zu ermöglichen. Bundesweit 7,6 %  
579 weniger Ausbildungsverträge im Jahr 2009 zum Vorjahr sind nicht hinnehmbar. Es ist ein  
580 Skandal, dass immer mehr Jugendliche ihre wichtigste Lebensphase in Maßnahmen und  
581 Warteschleifen verbringen. Betriebe, die ausbilden können, aber dies nicht tun, sollen sich  
582 zumindest mit einer Ausbildungsplatzumlage an der Finanzierung der Ausbildung beteiligen.  
583 Damit werden vor allem kleinere und mittlere Betriebe entlastet, die ihrer Verantwortung  
584 gerecht werden. Jeder junge Mensch hat ein Recht auf einen Ausbildungsplatz.

585 - Wir fordern die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage für alle Unternehmen, die  
586 nicht ausbilden.

587 - Die öffentliche Hand kann durch eine Ausweitung der Ausbildungsplatzangebote im  
588 öffentlichen Bereich mit gutem Beispiel vorangehen.

589 Die Situation in den Berufsschulen in Rheinland-Pfalz ist katastrophal. Mit 6,7 Prozent  
590 temporärem Unterrichtsausfall liegen die beruflichen Schulen weit abgeschlagen auf dem  
591 schlechtesten Platz im gesamten Schulgefüge. Sie sind das Stiefkind in der Schullandschaft.

592 - Wir fordern die Einstellung von mehr Lehrern und Lehrerinnen. DIE LINKE wird sich  
593 dafür einsetzen, dass in den beruflichen Schulen wieder mehr Unterricht stattfinden  
594 wird, damit die Auszubildenden auch hier eine gute Ausbildung bekommen.

595

596 **Studium: Für eine selbst bestimmte Bildung**

597 Gute Wissenschaft, freie Forschung und umfangreiche Bildung sind die Grundlagen für eine  
598 erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine zukunftsorientierte  
599 Hochschule muss demokratisch verfasst und organisiert sein, jedem und jeder offen stehen,  
600 Freiheit in Forschung und Lehre garantieren und von der öffentlichen Hand getragen sowie  
601 ausfinanziert werden.

602 Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind davon weit entfernt. Überfüllte Hörsäle und  
603 baufällige Gebäude, überzogene Mieten für Studierende und ein unterbezahlter  
604 wissenschaftlicher Mittelbau, eine verkorkste Studienreform und ein vom Ministerium  
605 angeheizter Wettbewerb um Drittmittel legen Zeugnis vom Versagen der Landesregierung  
606 ab. Dies zeigt sich auch im bundesweiten Vergleich, wo Rheinland-Pfalz bei den  
607 „Bildungsausgaben je Einwohner“ im unteren Drittel zu finden ist und bei den „Laufenden  
608 Ausgaben je Studierenden“ sogar auf den letzten Platz abstürzt.

609 DIE LINKE fordert einen sofortigen Richtungswechsel in der Wissenschafts- und  
610 Hochschulpolitik.

611 - Wir setzen uns dafür ein, die Hürden vor dem Bachelor und Master abzubauen.

612 - Weder Geld noch Noten sollen den Zugang zum Studium regulieren, sondern einzig  
613 und allein der gesellschaftliche Nutzen und die individuelle Neigung.

614 - Deswegen fordern wir eine Reform des Studiums hin zu mehr Eigenständigkeit und  
615 individueller Flexibilität.

616 - Dafür ist deutlich mehr Personal für eine bessere Betreuung der Studierenden  
617 notwendig.

618 - Der Master muss allen Studierenden offen stehen.

619 - Wir sprechen uns gegen Eliteförderung und sozialer Auslese aus.

620 Weil wir langfristig eine deutlich höhere Studienbeteiligung benötigen und eine flexible  
621 Verzahnung des Hochschulbildungssystems mit der betrieblichen Ausbildung anzustreben  
622 ist, muss das Bachelor-Master-System weiterentwickelt und an die Erfordernisse einer

623 Lebens- und Arbeitswelt ausgerichtet werden, wo Bildung eine bedeutende Rolle für Arbeit,  
624 Kultur und Persönlichkeitsentwicklung einnehmen wird.

625 - Studiengebühren aller Art – auch verdeckte – müssen vom Gesetzgeber verboten  
626 werden.

627 - Damit Erwerbsarbeit neben dem Studium der Vergangenheit angehört, ist ein  
628 bedingungsloses und armutsfestes BaföG einzuführen.

629 - Die Drittelparität an den Hochschulen muss hergestellt werden.

630 - Die Lehre sollte gleichberechtigt neben der Forschung stehen und deutlich  
631 aufgewertet werden.

632

633 Forschung und Lehre: Für eine demokratische, ausfinanzierte und autonome  
634 Hochschule

635 Seit nunmehr 40 Jahren erlebt das deutsche Hochschulsystem eine Verschiebung von der  
636 Grundfinanzierung zugunsten der Drittmittelfinanzierung. DIE LINKE fordert eine Umkehrung  
637 dieser Entwicklung. Die Hochschulen sind durch das Land ausreichend finanziell  
638 auszustatten. Dies macht eine Erhöhung der Ausgaben um 40 Prozent erforderlich. Nicht die  
639 Einwerbung von Forschungsgeldern, sondern Forschung und Lehre gilt es zu fördern.

640 - Drittmittel dürfen nicht länger zur Finanzierung des Grundbedarfs dienen, sondern der  
641 Förderung von punktuellen,

642 - zusätzlichen Aktivitäten wie dem wissenschaftlichen Austausch oder der zeitweilige  
643 Freistellung für besondere Aufgaben.

644

645 Der wissenschaftliche Mittelbau wird seit Jahren immer stärker prekariert. Um hier einen  
646 ersten Riegel vorzuschieben, fordern wir die

647

648 - Einführung eines „Wissenschaftler Mindestlohns“ von 2000€ pro Monat.

649 - Mittelfristig brauchen wir für alle Akademiker und Akademikerinnen einen  
650 Wissenschaftstarifvertrag.

651

652 Die Wissenschaftskarriere ist in Deutschland ein steiniger Weg, der für viele in einem  
653 ungünstigen Lebensalter in einer aussichtslosen beruflichen Situation endet. Familiäre  
654 Lebensformen und -entwürfe bleiben dabei fast vollkommen auf der Strecke. Insbesondere  
655 Frauen werden aus diesem Grund weithin aus der Wissenschaft ausgeschlossen. Deshalb  
656 fordert die LINKE in Rheinland-Pfalz

657

658 - die Einrichtung von entfristeten Assistentenstellen im Umfang von 50 Prozent aller  
659 Postdoc-Stellen.

660 - Eine Frauenquote bei Stellenbesetzungen im Hochschulbereich ist für uns  
661 selbstverständlich.

662

663

## 664 Demokratie und Bürgerrechte

### 665 Mehr direkte Demokratie! Für das Land!

666 In der gesamten Geschichte von Rheinland-Pfalz gab es ein einziges Volksbegehren und  
667 noch nie einen Volksentscheid. Eine traurige Bilanz einer Jahrzehntelang andauernden  
668 Verhinderungspolitik gegenüber der direkten Demokratie.

669 Schier unüberwindliche Hürden wurden hierfür in der rheinland-pfälzischen Verfassung  
670 verankert: So muss eine Volksinitiative von 30.000 Wahlberechtigten Unterschriften  
671 sammeln, nur um den Landtag verpflichten zu können über einen politischen Sachstand  
672 ergebnisoffen zu befinden. Möchte sie gar ein Volksbegehren initiieren, so müssen dafür  
673 sage und schreibe 300.000 Unterschriften in gerade einmal zwei Monaten gesammelt  
674 werden. Dies sind doppelt so viele Unterschriften wie Wählerstimmen benötigt würden, damit  
675 eine Partei überhaupt in den Landtag einziehen kann.

676 Doch damit noch nicht genug. Selbst wenn es trotz der beschriebenen Hürden zu einem  
677 Volksentscheid käme, so wäre dieser an ein Mindestbeteiligungsquorum gebunden. Der  
678 Artikel 109, Absatz 4, Satz 4 unserer Verfassung schreibt nämlich vor, dass sich mindestens  
679 25% der Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligen müssen, sonst ist diese ungültig.

680 DIE LINKE Rheinland-Pfalz möchte diese Ausgrenzung des Bürgerwillens beenden.  
681 Deswegen fordern wir:

682

683 - Reduzierung der Unterschriften auf 10.000, um als Volksinitiative parlamentarisch  
684 anerkannt zu werden.

685 - Freie Sammlung von 100.000 Unterschriften in 4 Monaten, damit ein Volksbegehren  
686 durchgeführt werden kann.

687 - Unterschriftsberechtigt soll jede und jeder sein, die/der das 16. Lebensjahr vollendet,  
688 und mindestens für die Dauer von 6 Monaten ihren/seinen 1. Wohnsitz in Rheinland-  
689 Pfalz hat.

690 - Ersatzlose Streichung der undemokratischen Beteiligungshürde von 25%.

691 - Das gesamte Verfahren zur Einleitung eines Volksbegehrens muss transparenter und  
692 bürgerfreundlicher gestaltet sein. Die direkte Demokratie soll vom Gesetzgeber  
693 gefördert und nicht behindert werden.

694

### 695 Mehr direkte Demokratie auch in den Kommunen!

696 Die rheinland-pfälzische Gemeinde- und Landkreisordnung sind durch Misstrauen  
697 gegenüber den Menschen, der Angst vor direkter Bürgerbeteiligung und blindes Vertrauen in  
698 die Träger parlamentarischer Macht bestimmt. Deutlich wird dies in den nahezu  
699 unüberwindlichen Hürden für Bürgerbegehren. Demnach müssen bis zu 10 Prozent der

700 Bürger ein Begehren unterschreiben, ansonsten findet keine Abstimmung statt. Gleichzeitig  
701 sind Bürgerbegehren inhaltlich in vielen Punkten begrenzt. Etwa wenn sie die öffentlichen  
702 Haushalte berühren. Von einer Ermöglichung direkter Demokratie kann somit keine Rede  
703 sein. Eine moderne und demokratische Bürgerbeteiligung in der Kommune sieht anders aus.  
704 Deswegen fordert DIE LINKE Rheinland-Pfalz:

- 705 - Die Absenkung der Unterschriftsquoren auf 4% der Wahlberechtigten.
- 706 - Die ersatzlose Streichung der Beteiligungshürde von 20%.
- 707 - Das Akteneinsichtsrecht für alle von einer kommunalen Entscheidung betroffenen  
708 Menschen.
- 709 - Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, auch über die Aufstellung, Änderung und  
710 Aufhebung von Bauleitanträgen.
- 711 - Kommunales Wahlrecht für Alle ab 16 Jahren.
- 712 - Kommunales Wahlrecht für alle Mitbürger ausländischer Herkunft, die mindestens 6  
713 Monate ihren Erstwohnsitz in der Kommune haben.
- 714 - Die Einführung des vollen Konexitätsprinzips (Wer beschließt, muss auch  
715 finanzieren).

716

717 Bürgerbeteiligungen alleine reichen jedoch nicht aus. Es bedarf darüber hinaus einer  
718 breiteren und intensiveren Einbindung der Bevölkerung in das politische Geschehen z.B.  
719 über Bürgerhaushalte. Deren Umsetzung in den einzelnen Gemeinden muss eine  
720 Zielperspektive einer neuen Gemeindeordnung sein. Hierdurch kann auch strukturellen  
721 Problemen wie dem mangelnden kommunalpolitischen Interesse der Menschen und  
722 Vetternwirtschaft entgegengewirkt werden.

723

## 724 Integration, Gleichstellung, Kulturelle Vielfalt der Lebensweisen

### 725 Gleichstellung von Mann und Frau: Für ein gleichberechtigtes Miteinander

726 DIE LINKE steht für eine engagierte Frauenpolitik. Wir streben eine demokratische  
727 Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung an und bekämpfen die patriarchale  
728 Kultur, in der die Leistung und Arbeit von Frauen ausgebeutet und gering geschätzt wird. Die  
729 Gleichberechtigung von Frauen zu verwirklichen, ist vorrangiges Ziel unserer Politik.

730 Die Leistung von Frauen bei der Erziehung und Sorge wird auch in den Pflege- und  
731 Erziehungsberufen ausgenutzt, was sich an den niedrigen Löhnen in diesen Bereich zeigt.

### 732 DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:

733 - Gleichen Lohn für gleiche Arbeit, sozialversicherungspflichtige, unbegrüdete und gut  
734 bezahlte Beschäftigung für alle und Abschaffung der Lohndiskriminierung

735 - Förderung von Projekten für eine Veränderung des geschlechtsspezifischen  
736 Berufswahlverhaltens von Frauen und Männern

737 - Verbindliche Vorgaben zur Durchsetzung von Gleichstellungsprogrammen

738 - Einrichtung von Landesprogrammen zur beruflichen Förderung speziell von Frauen,  
739 die auf dem Arbeitsmarkt Nachteile erfahren, z.B. Frauen mit Migrationshintergrund,  
740 Frauen nach der Familienphase oder Frauen mit Behinderung

741 - Alterssichernde Renten für alle Frauen

742 - Sicherheit vor Gewalt und sexistischen Übergriffen – gesicherte Finanzierung von  
743 Frauenhäusern sowie die Aufstockung der Mittel für Einrichtungen gegen Gewalt an  
744 Frauen

745 - Stärkung der Opferrechte sowie die Gewährleistung von Opferschutz

746 - Flächendeckende Einstellung von hauptamtlichen Frauenbeauftragten und Erhöhung  
747 ihrer Kompetenzen

748

### 749 Behindertenpolitik - „Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen“

750 Die LINKE Rheinland Pfalz hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Belange aller Bürgerinnen  
751 und Bürger zu vertreten. Dazu gehört insbesondere die Behindertenpolitik. Wir wollen, dass  
752 das Land Rheinland-Pfalz mehr auf die Belange von Menschen mit Handicap eingeht!

753 Behindertenpolitik kann nicht separat betrachtet werden, vielmehr ist es eine  
754 Querschnittsaufgabe zu anderen Politikfeldern wie z.B. Schul-, Verkehrs-, Gesundheits- und  
755 Arbeitsmarktpolitik.

756 Integration von Menschen mit Behinderung beginnt bereits in den Kindergärten und Schulen.  
757 Dort fordert DIE LINKE in Rheinland-Pfalz Inklusionsschulen, denn es ist von Relevanz, dass



758 bereits in jungen Jahren keine Unterschiede bei Menschen gemacht werden damit soziale  
759 Ausgrenzung erst gar nicht zustande kommt. Das gegenseitige Verständnis muss von  
760 Anfang an gefördert werden!

761 Auch ist die Politik in der Pflicht mehr Aufklärung über Unterstützungsangebote zu leisten.  
762 Gerade Eltern, deren Kind eine Behinderung aufweist, fühlen sich manchmal überfordert und  
763 alleingelassen. Hier will DIE LINKE bessere Strukturen schaffen.

764 Menschen mit Handicap muss es möglich sein jederzeit am öffentlichen und sozialen  
765 Geschehen barrierefrei teilnehmen zu können um ihr Leben selbst zu bestimmen.

766 Während die anderen Parteien nur sporadisch und passend zum Zeitgeschehen in diesem  
767 Bereich aktiv werden fordert DIE LINKE Rheinland-Pfalz für Menschen mit Behinderung  
768 ganzheitlich:

- 769 - eine Inklusions- und Integrationspolitik
- 770 - mehr Barrierefreiheit
- 771 - eine bessere Arbeitsmarktpolitik
- 772 - die schnelle Umsetzung der UN- Konventionen

773

#### 774 Gerechtigkeit und Teilhabe für alle

775 In Rheinland-Pfalz leben ca. 700 000 Menschen mit Migrationshintergrund – fast 18 Prozent  
776 der Gesamtbevölkerung. Wie kaum eine andere gesellschaftliche Gruppe ist dieser  
777 Personenkreis vom profitorientierten Umbau der Gesellschaft betroffen. Migrantinnen und  
778 Migranten sind auf vielfache Weise benachteiligt, in ihrer Wohnumgebung isoliert, mit  
779 niedrigen und schlecht bezahlten Tätigkeiten betraut sowie vom politischen und kulturellen  
780 Leben oft gänzlich ausgeschlossen. Der überwiegende Teil der Kinder hat sehr geringe  
781 Bildungschancen.

782 - DIE LINKE setzt sich für eine rechtliche, politische und wirtschaftliche Gleichstellung  
783 von Migrantinnen und Migranten ein. Integration heißt nicht Assimilation, sondern  
784 kulturelle Vielfalt.

785 - Der freie Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit ist eine wichtige Voraussetzung  
786 für Chancengleichheit in unserer Gesellschaft. Die Ausbildungsbeteiligung von  
787 Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist seit den 90er Jahren kontinuierlich  
788 zurückgegangen.

789 - In Kindergärten und Schulen ist die Sprachkompetenz zu fördern. Darunter sind  
790 sowohl muttersprachlicher Unterricht als auch Förderung der Deutschkenntnisse zu  
791 verstehen. Wir brauchen eine gezielte Initiative zur Erhöhung der Beteiligung von  
792 Jugendlichen mit Migrationshintergrund an der Ausbildung in den Berufen des  
793 Öffentlichen Dienstes. Die Beratungs- und Orientierungsangebote der Bundesagentur  
794 für Arbeit zur Berufsorientierung für Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern müssen  
795 systematisch genutzt werden. Der Lebensunterhalt für junge Erwachsene ohne

796           Berufsabschluss beim Nachholen eines schulischen und beruflichen Abschlusses  
797           muss besonders gefördert werden.

798           - Menschen mit Migrationshintergrund müssen einen gleichberechtigten Zugang zu  
799           allen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einrichtungen haben.

800

801   Kein Mensch ist illegal: Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik

802   In Rheinland-Pfalz leben mehrere Tausend Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus.  
803   Teilweise sind sie hier geboren, teilweise nach Europa emigriert, weil sie hier auf eine neue  
804   Lebensperspektive hoffen. Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltsstatus sind von  
805   Ausbeutung, Verfolgung, Prostitution und anderen Formen von Sklaverei besonders  
806   betroffen.

807           - DIE LINKE setzt sich für die Rechte aller Menschen ohne Papiere ein. Wir wollen  
808           einen gesicherten Aufenthaltsstatus für sie. Kein Mensch ist illegal!

809           - Abschiebegefängnisse und so genannte Ausreisezentren wie beispielsweise in Trier  
810           sind umgehend zu schließen.

811           - Die Residenzpflicht von AsylbewerberInnen ist eine weitere Schikane für Flüchtlinge.  
812           Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention  
813           müssen uneingeschränkt gelten. Geschlechtsspezifische Gewalt im Herkunftsland  
814           muss als Fluchtursache anerkannt werden.

815           - Ein erster Schritt zu einem menschlichen Umgang mit Einwanderern in Rheinland-  
816           Pfalz besteht darin, bei der Anwendung der bestehenden gesetzlichen  
817           Bestimmungen konsequent humanitäre Aspekte mit einzubeziehen und in  
818           Zweifelsfällen zu Gunsten der Betroffenen zu entscheiden. Langfristig fordern wir  
819           gleiche soziale, politische und wirtschaftliche Grundrechte für alle Menschen, die hier  
820           leben.

821

822   Faschismus und Nationalismus bekämpfen

823   Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, eine ansteigende  
824   Zahl von rechten Straf- und Gewalttaten sowie die schleichende Toleranz rechtsextremen  
825   Gedankenguts einschließlich intoleranter Einstellungsmuster in weiten Teilen der  
826   Bevölkerung sind eine zunehmende Bedrohung für das demokratische Gemeinwesen in  
827   Rheinland-Pfalz.

828   Um den Angriffen auf die Demokratie wirksam begegnen zu können, bedarf es zuallererst  
829   eines gesellschaftlichen Klimas, welches vor allem von Mitbestimmung und Demokratie,  
830   Hinschauen sowie der Wahrung von Menschenrechten geprägt ist.

831           - Aus Sicht der LINKEN ist es demnach unabdingbar, Demokratie und Zivilgesellschaft  
832           zu stärken und demokratische Werte und Normen zu verteidigen.

833 - DIE LINKE in Rheinland-Pfalz appelliert an alle demokratischen Kräfte dieses  
834 Landes, die gemeinsame Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus auch  
835 künftig wahrzunehmen und breite zivilgesellschaftliche antifaschistische Bündnisse  
836 auf allen Ebenen gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und  
837 Rechtsextremismus zu bilden.

838 Aktionstage und andere Events können Menschen sensibilisieren, informieren und Impulse  
839 geben. Die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit,  
840 Rassismus und Antisemitismus ist allerdings konkret und geschieht vor Ort – im Sport, in der  
841 Schule, im Gemeinderat. Und sie ist eine Auseinandersetzung nicht nur mit organisierten  
842 Rechtsextremen sondern auch mit Alltagsrassismus und Vorurteilen. In den letzten Jahren  
843 ist die Sensibilisierung für diese Probleme gestiegen und viele Menschen engagieren sich  
844 gegen rechte Umtriebe. Der Beratungsbedarf kommunaler Akteure durch Fachträger,  
845 Expertinnen und Experten ist hoch.

846 - Das bedeutet letztendlich für DIE LINKE in Rheinland-Pfalz, den Strukturen, Vereinen  
847 und Organisationen, die sich dieser Aufgabe stellen, dauerhafte und verlässliche  
848 Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Finanzierung von gewachsenen Strukturen  
849 und bewährten zivilgesellschaftlichen Modellen muss daher langfristig abgesichert  
850 werden und darüber hinaus bei der Bildung neuer Netze unterstützend wirken.

851 Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist zugleich eine Herausforderung an alle  
852 Demokratinnen und Demokraten, die der Antifaschismus als Lehre aus der deutschen  
853 Geschichte verbindet.

854 - DIE LINKE in Rheinland-Pfalz tritt für die Aufnahme einer antifaschistischen Klausel  
855 in die Verfassung des Landes von Rheinland-Pfalz ein, wonach die Wiederbelebung  
856 nationalsozialistischen Gedankenguts für verfassungswidrig erklärt werden soll. Eine  
857 solche Klausel wäre ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit  
858 und Antisemitismus.

859

## 860 Pressefreiheit und Meinungsvielfalt schützen

861 Die Informationsfreiheit in Deutschland ist seit Jahren durch die Konzentrationsprozesse in  
862 den Printmedien zugunsten weniger Verleger massiv beeinträchtigt.

863 Die Informationsfreiheit wird zurzeit zusätzlich durch weitere Konzentrationsprozesse und die  
864 Entfaltung wirtschaftlicher Macht in den elektronischen Medien gefährdet.

865 - DIE LINKE. Rheinland-Pfalz steht für Erhalt und Ausbau des gebührenfinanzierten  
866 und staatsfernen Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks.

867 - Öffentlich-rechtliche Medienangebote sind Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge und  
868 gehören zu den Länderaufgaben nach Grundgesetz. Rheinland-Pfalz benötigt in allen  
869 Medienbereichen leistungsfähige und qualitativ sehr gute öffentlich-rechtliche  
870 Informations-, Publikations-, Kultur und Bildungsangebote für alle.

- 871 - Öffentlich-rechtliche Medienangebote müssen grundsätzlich und hinreichend aus  
872 Gebühren und öffentlichen Mitteln finanziert werden.
- 873 Nach Landesverfassung und Landesmediengesetz müssen öffentlich-rechtliche Medien  
874 ‚staatsfern‘ und frei von wirtschaftlichen und kommerziellen Interessen sein und unter  
875 alleiniger Kontrolle ihrer demokratisch bestimmten Aufsichtsgremien stehen.
- 876 - DIE LINKE fordert eine Reform des Landesmedienrechts. Es müssen Wege  
877 gefunden werden, die Aufsichts- und Verwaltungsgremien der öffentlich-rechtlichen  
878 Medien inklusive des SWR- Rundfunk und Verwaltungsrats wegen des Wandels der  
879 gesellschaftlichen und technischen Verhältnisse und der Veränderung der  
880 Bedürfnisse der Menschen neu zu gestalten und demokratischer und basisnäher zu  
881 bestimmen.
- 882 - Gleiches gilt für die Besetzung der Versammlung der Landeszentrale für Medien und  
883 Kommunikation und ihrer Organe.
- 884 Aber auch auf Bundesebene muss unser Land entsprechende Initiativen ergreifen. Die  
885 skandalöse Einmischung von Politikern bei der Wahl des ZDF-Chefredakteurs darf sich nicht  
886 wiederholen.
- 887 - Die grundgesetzlich verbrieft Pressefreiheit muss nicht nur bei den öffentlich-  
888 rechtlichen Medien und nicht nur gegenüber äußeren Einflussversuchen verteidigt  
889 werden.
- 890 - Auch die „Innere Pressefreiheit“ im Sinne der seit Jahren unerfüllt gebliebenen  
891 gewerkschaftlichen Forderungen muss gesichert werden.
- 892 - Redaktionsstatute zur Verhinderung innerbetrieblicher Zensur müssen bei der Reform  
893 des Landesmedienrechts gefördert werden.
- 894 - Die Stellung der Redaktionen muss gegenüber den wirtschaftlichen Interessen der  
895 Verleger und Programmanbieter gestärkt werden.
- 896 - Die Entwicklungsmöglichkeiten der öffentlich-rechtlichen Kultur-, Informations- und  
897 Programmanbieter müssen systematisch ausgebaut werden. Sie dürfen weder bei  
898 Rundfunk und Fernsehen noch im Internet, noch in anderen elektronischen  
899 Bereichen mit Verboten und Begrenzungen so behindert oder eingeschränkt werden,  
900 dass der privaten Konkurrenz ein uneinholbarer Vorsprung gewährt wird.
- 901 - Alle öffentlich-rechtlichen Angebote müssen frei von Zusatzgebühren bleiben und  
902 jederzeit für alle verfügbar sein. Dazu gehören auch Einrichtung, Ausbau und Betrieb  
903 von Bürger-Online-Diensten und die Förderung von Bürgerfunk, Bürgerfernsehen und  
904 die Einrichtung von so genannten „Offenen Kanälen“ mit attraktiven Sendezeiten.
- 905 - DIE LINKE will dafür sorgen, dass alle Regionen unseres Bundeslandes  
906 schnellstmöglich mit finanziell erschwinglichen schnellen Online-Zugängen versorgt  
907 werden. Das digitale Rundfunk- und Fernsehangebot soll terrestrisch ausgestrahlt  
908 und in guter Empfangsqualität so schnell wie möglich überall im Land verfügbar sein.

909 - Alle freien Mitarbeiter müssen nach den Vergütungsregeln für freie Journalisten oder  
910 ggf. nach dem Tarifvertrag für arbeitnehmerähnlichen freie Journalisten bezahlt  
911 werden.

912 - Das Land Rheinland-Pfalz soll durch Bundesratsinitiativen dazu beitragen, die  
913 Behinderung der Betriebsräte und die Einschränkung der betrieblichen  
914 Gewerkschaftsaktivitäten durch die sogenannten ‚Tendenzschutzbestimmungen‘ im  
915 Betriebsverfassungsrecht endlich aufzuheben. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunk-  
916 und Medienanbieter sollen weiter verpflichtet bleiben, hinsichtlich der Arbeits- und  
917 Beschäftigungsbedingungen Standards für den Medienbereich zu setzen.

918

919 Zugang zu Medien und Kultur für Alle ermöglichen

920 Die offizielle Kulturpolitik des Landes repräsentiert nur einen kleinen Ausschnitt der  
921 vielfältigen kulturellen Aktivitäten in Rheinland-Pfalz. Staats- und Landesorchester,  
922 Schauspielhäuser und Museen werden für eine kleine, elitäre Minderheit mit  
923 Millionensummen subventioniert. Dagegen werden aberhundert von ehrenamtlichem  
924 Engagement getragene Kulturvereine und Initiativen mit geringen Summen – wenn  
925 überhaupt – bezuschusst, wenn sie ihre von vielen Menschen geschätzten Veranstaltungen  
926 organisieren. Ähnlich im Sportbereich: Private Profi-Fußballclubs wie Kaiserslautern und  
927 Mainz werden von der öffentlichen Hand durch Stadionbauten in Millionenhöhe gesponsert,  
928 zugleich steht kein Geld für den Schulsport und die mitgliederstarken „kleinen“ Vereine, den  
929 Breitensport in Stadt und Land zur Verfügung.

930 Kulturpolitik ist für uns auch Gesellschaftspolitik. Sie umfasst alle Bereiche des  
931 gesellschaftlichen Lebens, die Freizeit ebenso wie die Arbeitswelt. Kulturpolitik ist auch  
932 Friedenspolitik, da durch interkulturelle Aktivitäten Vorurteile abgebaut und gegenseitiges  
933 Verständnis aufgebaut werden kann.

934 Kulturpolitik ist Geschichtsarbeit. Insbesondere die Erinnerungskultur, die auch bewusst die  
935 traditionsreiche Arbeiterkultur unseres Bundeslandes aufgreift und unsere jüngere  
936 Geschichte.

937 - Deshalb setzt sich die LINKE für eine Förderung aller kulturellen Bestrebungen ein,  
938 die uns und die nachfolgenden Generationen an die Grausamkeiten des Faschismus  
939 erinnern.

940 Das heißt für unsere praktische Arbeit im Landtag:

941 - DIE LINKE wird sich dafür stark machen, dass auf Landesebene alle Mittel zur  
942 Förderung von gesellschaftlich integrativ arbeitenden Interessengemeinschaften,  
943 Organisationen und Vereinen ausgeschöpft werden.

944 - Darüber hinaus werden wir Initiativen ergreifen, die heutigen, weithin untragbaren  
945 Zustände im Bereich der Kultur- und Sportförderung zu verändern. Wir treten für  
946 einen grundlegenden Bewusstseinswandel im Blick auf ein korrumpiertes Verständnis  
947 von politischer Kultur ein, weil kulturelle Aktivität immer politische Aktivität bedeutet  
948 und umgekehrt.

949 Die soziale Situation von Künstlerinnen und Künstlern ist oft dramatisch bis ausweglos.  
950 Wenn wir eine vielfältige Landschaft in Kunst und Kultur schaffen und erhalten wollen, muss  
951 die öffentliche Hand in den Markt korrigierend eingreifen.

952 - Die bestehende Künstlersozialkasse ist auszubauen. Kürzungen bei der  
953 landespolitischen Filmförderung lehnen wir ab. Insbesondere nicht kommerziell  
954 konzipierte Filme können in der Regel ohne öffentliche Gelder nicht realisiert werden.

955 - Auch die traditionellen Kurzfilmfestivals in Rheinland – Pfalz müssen weiterhin mit  
956 öffentlichen Geldern gefördert werden. In allen landeseigenen Kultureinrichtungen  
957 muss ein kostenloser Internetzugang für alle ermöglicht werden. In den  
958 Volkshochschulen als auch in den öffentlichen Bibliotheken sollen verstärkt auch  
959 fremdländische Literatur, Filme und Hörspielbücher angeboten werden, ebenso  
960 kostenfreie Selbstlernzentren, insbesondere für das Selbstlernen anderer Sprachen.

961

## 962 Infrastruktur und Umwelt

### 963 Den Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen

964 Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für das wirtschaftliche und öffentliche Leben. Wer  
965 auf fossile Brennstoffe als Energieträger setzt, erhebt Mobilität zum Privileg für  
966 Besserverdienende. Denn gerade untere und mittlere Einkommensschichten sind auf  
967 öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Für DIE LINKE ist der Öffentliche  
968 Personennahverkehr (ÖPNV) der Verkehrsträger Nummer 1 der Zukunft, weil er Mobilität für  
969 alle sicherstellt und dies mit ökologischer Nachhaltigkeit verbindet.

970 Die Landesregierungen der letzten Jahrzehnte haben es verpasst, den ÖPNV in Rheinland-  
971 Pfalz entsprechend auszubauen. Schienennetze wurden stillgelegt, Buslinien privatisiert und  
972 den Profitinteressen der Unternehmer unterworfen. DIE LINKE setzt sich dem gegenüber für  
973 einen Ausbau des öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs in Rheinland-Pfalz ein.  
974 Neue Strecken müssen gebaut, alte modernisiert und Fahrzeuge auf den neuesten Stand  
975 der Technik gebracht werden. Dies soll im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms  
976 erfolgen.

977 Der öffentliche Verkehr erfordert eine öffentliche und intelligente Verkehrsplanung. Bahn und  
978 regionale Verkehrsbetriebe sind nicht nur Dienstleister für die Gesellschaft, sondern  
979 Arbeitsplatz für viele Menschen.

980 - Deswegen lehnt DIE LINKE jegliche Form der Privatisierung ab und fordert gute  
981 Löhne und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

982 - Um allen Menschen einen gleichberechtigten Zugang zu Mobilität zu ermöglichen,  
983 setzt sich DIE LINKE für das Sozialticket in Rheinland-Pfalz ein.

984 DIE LINKE arbeitet für den Erhalt und die Verbesserung der Infrastruktur in ländlichen  
985 Regionen. Die Nöte der dort lebenden Menschen wie Mangel an Arbeitsplätzen, Rückgang  
986 des Handels und unzureichender öffentlicher Nahverkehr erfordern eine Antwort. Der Betrieb  
987 des Flughafens Hahn ist nur ein mittelfristiges und keineswegs nachhaltiges Mittel, um in den  
988 angeführten Bereichen Verbesserungen zu erreichen. Insbesondere werden die  
989 angestrebten Vorteile mit Landschaftsverbrauch, Lärmbelastung und ökologischen Schäden  
990 erkauft, welche ihrerseits die auch für den Tourismus interessanten Vorzüge der Region  
991 dauerhaft beschädigen. Eine Steigerung des Luft- und Straßenverkehrs zu Lasten  
992 insbesondere der Schiene lehnt DIE LINKE als verkehrspolitisches Konzept ab.

993 DIE LINKE lehnt die geplante Rheinquerung entschieden ab. Den enormen Kosten und  
994 Folgekosten egal welcher Variante des Projekts stehen unabsehbare auch wirtschaftliche  
995 Einbußen für die örtliche Bevölkerung und das Gemeinwesen gegenüber. Der BUND  
996 verweist in dem Zusammenhang auf die gefährdete Tradition der Fährschiffe im  
997 Zusammenhang mit der Verpflichtung, das Weltkulturerbe zu schützen.

998

### 999 Nachhaltiger Tourismus für Rheinland-Pfalz

1000 Die Tourismusbranche in Deutschland und gerade auch in Rheinland-Pfalz ist abhängig von  
1001 einer intakten Umwelt. Sieht man sich die Schwerpunkte des Rheinland-Pfälzischen  
1002 Tourismusgewerbes an, so wird dies besonders deutlich. Diese sind vor allem der  
1003 Weintourismus, der Wander- und Fahrradtourismus, sowie der Wassertourismus an Rhein  
1004 und Mosel. Um diese langfristig erhalten zu können, schreibt sich DIE LINKE Rheinland-  
1005 Pfalz die Förderung des sanften Tourismus auf ihre Fahne. Die gleichzeitige Analyse und  
1006 Ermahnung Enzensbergers: „Der Tourismus zerstört das, was er sucht, indem er es findet“  
1007 darf sich nicht in Rheinland-Pfalz bewahrheiten.

1008 In Rheinland-Pfalz werden derzeit immer wieder touristische Großprojekte auf Landes-und  
1009 Kommunalebene als Heilsbringer gefeiert, und entpuppen sich doch stets als Büchse der  
1010 Pandora. Es wird versprochen, dass durch sie viel mehr Gelder in die Taschen der  
1011 Menschen vor Ort fließen und die Region gestärkt würde. Doch dies ist ein Trugschluss, wie  
1012 nicht nur das Projekt „Grüne Hölle“ am Nürburgring beweist. Denn die hauptsächlichen  
1013 Charakteristika solcher Projekte sind nicht die ihrer Verheißungen, sondern in erster Linie  
1014 Zerstörung großer Umweltflächen aufgrund ihres Platzbedarfes, das Aussaugen der  
1015 Wertschöpfung aus der umliegenden Region, und damit die Zerstörung des organisch  
1016 gewachsenen touristischen Familienbetriebes und des Mittelstandes.

1017 Die LINKE Rheinland-Pfalz fordert deswegen:

- 1018 - Es dürfen nur touristische Projekte gefördert werden, welche ökologisch nachhaltig  
1019 sind und sich in die wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten einfügen.
- 1020 - Sie müssen so wenig wie möglich auf die bereiste Natur einwirken, bzw. ihr schaden.
- 1021 - Sie dürfen die kulturellen Gegebenheiten der Region nicht gefährden.
- 1022 - Touristische Großprojekte sind in der Regel abzulehnen, weil sie die Natur, die Kultur  
1023 und mittelständischen und Familienbetriebe der Regionen zerstören.

1024

1025 Der Nürburgring

1026 Der Nürburgring ist hierfür ein Musterbeispiel. Er wurde anfänglich gebaut um eine  
1027 wirtschaftlich schwache Region zu fördern. Es gab einen Sozialpakt zwischen dem Land und  
1028 der umliegenden Region. Nun, nach einer Verschwendung von 350 Millionen Euro  
1029 Steuergeldern und der Übernahme der Geschäftsführung durch Privatinvestoren, steht  
1030 dieser Sozialpakt vor dem Aus. Deswegen fordert DIE LINKE Rheinland-Pfalz für den  
1031 Nürburgring:

- 1032 - Ein Zurück zum politischen Grundgedanken des Nürburgrings.
- 1033 - Alle Rennsportelemente des Nürburgrings müssen zurück in die Verantwortung der  
1034 Landespolitik und losgelöst werden von den anderweitigen Freizeitangeboten.
- 1035 - Als Betreiber der Rennstrecke muss das Land wieder zurück zu einem solidarischen  
1036 Umgang mit der organisch gewachsenen, touristischen Infrastruktur und ihrer kleinen  
1037 und mittleren Betrieben.



1038 - Als Motorsportveranstalter muss sich zudem die Landesregierung ihrer  
1039 Verantwortung hinsichtlich der Umwelt bewusst werden, und umweltschonende  
1040 Innovationen im Automobilssektor durch Veranstaltungen am Nürburgring fördern.

1041 - Der Anschluss des Nürburgrings an den öffentlichen Personenverkehr muss endlich  
1042 vorangetrieben werden.

1043

1044 DIE LINKE Rheinland-Pfalz steht zum Flughafen Hahn!

1045 Mit über 3000 Arbeitsplätzen und einem Passagieraufkommen von ca. vier Millionen ist der  
1046 Flughafen Hahn der wichtigste Flughafen in Rheinland-Pfalz. Doch macht der Flughafen  
1047 Hahn gleichzeitig immer noch riesige Verluste. Dies liegt vor allem an der Monopolstellung  
1048 von Ryanair, eine Fluggesellschaft welche bekannt dafür ist, ihre Gewinne durch miserable  
1049 Arbeitsbedingungen, und dem Einheimsen von Subventionen und damit Steuergeldern zu  
1050 erwirtschaften. Wie stark die Machtstellung von Ryanair ist, belegen sowohl die Ereignisse  
1051 rund um die geplante Einführung des sogenannten Hahn- Talers, als auch durch die kürzlich  
1052 beschlossenen Zusammenstreichungen der Flugverbindungen am Hahn. Dies hat bewiesen:  
1053 Das Land Rheinland-Pfalz ist am Flughafen Hahn nicht Herr im eigenen Hause!

1054 Zudem beobachten wir mit Besorgnis einen angestrebten Ausbau des Nachtflugverkehrs und  
1055 die zunehmende Nutzung des Flughafens für militärische Zwecke der U.S Armee.

1056 Deswegen fordert DIE LINKE Rheinland-Pfalz für den Flughafen Hahn:

1057 - Das Land muss wieder Herr über den Flughafen Hahn, und die Monopolstellung von  
1058 Ryanair am Selbigen gebrochen werden!

1059 - Keine militärische Nutzung des Flughafens Hahn!

1060 - Einen Bürgerentscheid über den Nachtbetrieb am Hahn, sowie die Einbeziehung der  
1061 Bevölkerung bei allen, den Bürgern betreffenden strategischen Entscheidungen am  
1062 Hahn.

1063

1064 Gleichwertige Lebensverhältnisse in Rheinland-Pfalz schaffen

1065 Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ist  
1066 Verfassungsauftrag. Das Land Rheinland-Pfalz ist durch ein deutliches soziales,  
1067 wirtschaftliches und strukturelles Ost-West-Gefälle gekennzeichnet. Während die Regionen  
1068 am Rhein – insbesondere die Region um Ludwigshafen, Mainz und Koblenz, wo der größte  
1069 Teil des rheinland-pfälzischen BIP erwirtschaftet wird – boomen und vielversprechende  
1070 wirtschaftliche Entwicklungspotentiale haben, sind die Regionen in der Pfalz, dem Hunsrück  
1071 und der Eifel von dieser Entwicklung abgeschnitten. Dies zeigt sich nicht nur an der  
1072 demographischen Entwicklung, sondern auch an den verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen und  
1073 an der Arbeitslosenquote.

1074 Die Landesregierungen der letzten Jahre haben es versäumt, auf den Wandel in der  
1075 Wirtschaft eine strukturpolitische Antwort zu geben. Sowohl in der Verkehrspolitik als auch in

1076 der regionalen Strukturpolitik wird dies sichtbar. Der Landesentwicklungsplan für Rheinland-  
1077 Pfalz ist ein Dokument des Scheiterns und der Arbeitsverweigerung. Es ist Aufgabe der  
1078 Politik, den Strukturwandel politisch zu gestalten.

1079 DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich für die soziale und wirtschaftliche Teilhabe aller  
1080 Menschen einsetzt.

1081 - Deswegen wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Landespolitik Schwerpunktcluster  
1082 in den strukturschwachen Regionen fördert und die Ansiedlung neuer Technologien  
1083 im Bereich der ökologischen Landwirtschaft sowie der erneuerbaren Energien  
1084 unterstützt.

1085 Hierfür steht die gesamte Palette der Wirtschaftsförderung zur Verfügung: Subventionen,  
1086 Gründung von öffentlichen Forschungseinrichtungen und Fachhochschulen in den  
1087 Schwerpunktclustern, Forschungs- und Technologieförderung sowie die Schaffung von  
1088 Infrastruktur.

1089

1090 Ökologie und Soziales verbinden

1091 Unser Bundesland hat eine vielfältige Naturlandschaft, die es nicht nur aus ökologischen,  
1092 sondern auch aus ökonomischen Gründen zu schützen gilt. Für DIE LINKE sind der Schutz  
1093 der Umwelt sowie der Einsatz für eine nachhaltige und gerechte Nutzung der Ressourcen  
1094 untrennbar verbunden mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit. Umwelt- und Naturschutz  
1095 kann nur mit den Menschen, nicht gegen sie gelingen.

1096 Aus diesem Grunde setzt sich DIE LINKE für die Verbindung von Umweltschutz,  
1097 Wirtschaftspolitik und soziale Gerechtigkeit ein.

1098 Linke Umweltpolitik – demokratisch und sozial

1099 Kernforderungen der LINKEN sind:

1100 - Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie

1101 - Verstärkte Förderung der Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien

1102 - Keine neuen Kohlekraftwerke

1103 - Konsequente Förderung der privaten und genossenschaftlichen Investitionen in  
1104 erneuerbare Energien

1105 - Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden

1106 Land- und Forstwirtschaft spielen in Rheinland-Pfalz u.a. auch eine Rolle beim Erhalt der  
1107 Kulturlandschaft. Aber Land- und Forstwirtschaft muss für die Landwirte auch auskömmlich  
1108 sein. Die LINKE setzt sich ein für die:

1109 - Förderung von Betrieben und Genossenschaften des Biolandbaues

- 1110 - Förderung der regionalen Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse z.B.  
1111 durch Genossenschaften
- 1112 - Förderung einer regionalen nachhaltigen Landwirtschaft und einer artgerechten  
1113 Tierhaltung.
- 1114 Darüber hinaus sind regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern und eine dezentrale  
1115 Produktionsweise zu unterstützen.
- 1116 - Wir setzen uns dafür ein, dass den Beschäftigten in der Landwirtschaft eine selbst  
1117 bestimmte Arbeit und ein ausreichendes Einkommen garantiert werden.
- 1118 - Die Einschränkung von Tiertransporte so weit wie möglich
- 1119 - Faire Milchpreise für die Erzeuger
- 1120 - Eine nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung des Forstes ohne Personalabbau  
1121 in den Forstbehörden
- 1122 - Bodenschonenden Abbaumethoden
- 1123 Nur so kann hohe Qualität landwirtschaftlicher Güter garantiert und kommenden  
1124 Generationen eine intakte Umwelt übergeben werden.
- 1125
- 1126 Tierschutz: Für Verbandsklagerecht, gegen Tierversuche
- 1127 Die Gestaltung des ländlichen Raums, die Förderung von Regional- und Kreislaufwirtschaft,  
1128 würdige Arbeitsplatzbedingungen, ökologischer Landbau und der nachhaltige Schutz von  
1129 Wild-, Nutz- und Haustieren muss durch eine Änderung im Werte- und Rechtssystem  
1130 erreicht werden. Dies bedingt vor allem eine Umkehr der bisherigen Subventionspolitik hin  
1131 zur Förderung artgerechter Tierhaltung.
- 1132 DIE LINKE setzt sich für das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzvereine ein. Nur  
1133 mit diesem Recht kann gegen Tierschutzverstöße auch aufgrund wirtschaftlicher oder  
1134 wissenschaftlicher Interessen mit der Aussicht auf Erfolg geklagt werden. DIE LINKE bringt  
1135 einen entsprechenden Antrag in den Landtag ein.
- 1136
- 1137 Verbraucherschutz ausbauen
- 1138 Der Verbraucherschutz muss einen höheren Stellenwert bekommen. Dazu müssen die  
1139 Menschen in Rheinland-Pfalz einen Zugang zu neutralen Informationen und Beratung  
1140 erhalten. Der Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom Produkthersteller  
1141 durch unabhängige Institute erbracht werden. Die Lebensmittelkennzeichnung muss für  
1142 Verbraucher transparent und verständlich sein.
- 1143 DIE LINKE fordert:

- 1144 - Regelmäßige unangekündigte Kontrollbesuche in der Lebensmittelverarbeitung und –  
1145 produktion
- 1146 - Transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung
- 1147 - Verbot von Geschmacksverstärkern in Kindernahrung und von hormonell wirksamen  
1148 Chemikalien in Lebensmitteln
- 1149

## 1150 Finanzen und Steuern.

1151 Für eine gerechte Finanzpolitik mit Zukunft: Einnahmen erhöhen statt Ausgaben  
1152 kürzen

1153 DIE LINKE will eine solide Finanzpolitik. Die Staatsverschuldung muss langfristig stabilisiert  
1154 werden; jedoch nicht indem Bund und Land in die Krise sparen und die Wirtschaft abwürgen  
1155 Dies wird die öffentlichen Schulden erhöhen nicht senken. Die Krise der öffentlichen  
1156 Finanzen ist hausgemacht. Die breite Bevölkerung hat nicht über ihre Verhältnisse gelebt.  
1157 Die öffentlichen Kassen wurden durch Steuergeschenke geplündert und Wachstum wegen  
1158 fehlender öffentlicher Investitionen und Umverteilung von unten nach oben geschwächt.

1159 Die Etats der Länder sind im Durchschnitt zu 85 Prozent durch Zinsen, Personalkosten und  
1160 Finanzausgleich bestimmt. Alle anderen Parteien versuchen daher erfolglos,  
1161 Staatsverschuldung durch Privatisierung und Kürzungen im Sozialbereich abzubauen. Die  
1162 wichtigen Einnahmequellen für Länder, wie die im internationalen Vergleich viel zu geringe  
1163 Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie die Einkommens- und Unternehmenssteuern,  
1164 wurden jedoch systematisch geschwächt.

1165 Wir gehen einen anderen Weg: DIE LINKE will eine Erhöhung der Einnahmen statt eine  
1166 Kürzung der Ausgaben und Investitionen. Daher fordern wir eine Bundesratsinitiative für die  
1167 höhere Besteuerung großer Einkommen, Erbschaften und Vermögen. Eine Steuer von fünf  
1168 Prozent auf Vermögen über eine Million Euro brächte 3,5 Milliarden € jährlicher Einnahmen  
1169 für Rheinland-Pfalz. Wir wollen den Spitzensteuersatz wieder auf 53 Prozent wie unter der  
1170 Regierung Kohl anheben - jedoch bei deutlicher Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen.  
1171 Damit die Kommunen ihre Aufgaben wieder wahrnehmen, fordern wir die Einführung einer  
1172 Gemeindefinanzsteuer. Um die Spekulationen an den Finanzmärkten zu unterbinden und  
1173 Finanzhaie zur Kasse zu bitten, muss eine Börsenumsatz- sowie eine  
1174 Finanztransaktionssteuer eingeführt werden

1175 Wir wollen, dass alle deutschen Staatsangehörigen unbeschränkt steuerpflichtig sind –  
1176 gleich in welchem Staat sie leben.

1177 Solange das Land Rheinland-Pfalz nicht über solide Einnahmen für die Wahrnehmung  
1178 staatlicher Aufgaben verfügt, sprechen wir uns für die Aufnahme weiterer Kredite aus, um  
1179 Investitionen zu tätigen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Einer kurzfristigen höheren  
1180 Verschuldung der öffentlichen Hand wird mittel- und langfristig durch die von uns geforderten  
1181 Veränderungen bei den Steuergesetzen entgegengewirkt. Kürzungen in den Bereichen  
1182 Soziales und Umwelt wird es mit uns nicht geben, ebenso wenig den Abbau öffentlicher  
1183 Infrastruktur oder Personalabbau im öffentlichen Dienst. Grundlage unserer Finanzpolitik ist  
1184 die bedingungslose Ablehnung der Privatisierung öffentlichen Eigentums. Wenn der  
1185 Finanzminister „Sparen“ sagt, dann meint er Kürzen. Kürzungen bei den öffentlichen  
1186 Ausgaben sind ein Irrweg, den es zu stoppen und umzukehren gilt.

1187 Die staatlichen Handlungsmöglichkeiten werden aber nicht von der „Großen Koalition des  
1188 Sozialabbaus“ aller anderen Parteien auf der Bundesebene, sondern auch konkret in  
1189 Rheinland-Pfalz selbst eingeschränkt. So gibt es Initiativen der Landesregierung, die  
1190 sogenannte Jagdsteuer abzuschaffen. Gerade die Jagdsteuer ist eine Steuererhebung, die  
1191 insbesondere wohlhabende Bürger trifft und den Kommunen zu Gute kommt. So macht die

1192 Jagdsteuer im Eifelkreis ca. 500 000 € aus, in benachbarten Vulkaneifelkreis noch 400 000  
1193 €. Eine Abschaffung dieser Steuer würde erheblich in die Autonomie der kommunalen  
1194 Selbstverwaltung eingreifen und wiederum nur Reiche bevorzugen.

1195 Die von Bund und den Ländern beschlossene Schuldenbremse ist eine Wachstumsbremse.  
1196 Rheinland-Pfalz müsste seine Ausgaben jährlich um mindestens 0,5 Prozent verringern, um  
1197 die Schuldenbremse bis 2020 zu erfüllen. Dies entspricht Kürzungen von 163 Millionen Euro  
1198 allein in 2010. Eine Stabilisierungswirkung für die öffentlichen Haushalte ist illusorisch.  
1199 Tatsächlich wird die Schuldenbremse die Nachfrage, Wachstum und Steuereinnahmen  
1200 senken.

1201 Daher fordert DIE LINKE:

1202 - die Stabilisierung der Finanzpolitik

1203 - eine Erhöhung der Einnahmen statt einer Kürzung der Ausgaben und Investitionen.

1204 - Privatisierung stoppen

1205 - eine Bundesratsinitiative für die höhere Besteuerung großer Einkommen, Erbschaften  
1206 und Vermögen

1207 - eine Börsenumsatz- sowie eine Finanztransaktionssteuer.

1208 - dass alle deutschen Staatsangehörigen unbeschränkt steuerpflichtig sind – gleich in  
1209 welchem Staat sie leben

1210 - Beibehaltung der Jagdsteuer

1211 - die Schuldenbremse abzuschaffen und endlich durch eine sozial und  
1212 wirtschaftspolitisch verantwortungsvolle Steuerpolitik die Einnahmen zu erhöhen, um  
1213 in Arbeit, Bildung und öffentliche Infrastruktur zu investieren

1214 - Daher muss der Konsolidierungsplan der Regierung gestoppt werden.

1215 Die Änderung der Landesverfassung, mit der auch für Rheinland-Pfalz diese unsinnige  
1216 Maßnahme Verfassungsrang erhält, lehnen wir ab.

1217

1218 Kurzfristige Maßnahmen für Rheinland-Pfalz

1219 Obwohl die Richtlinienkompetenz in der Finanzpolitik beim Bund liegt, können auch kurz- bis  
1220 mittelfristig erste Maßnahmen auf Landesebene ergriffen werden. Der Personalbestand der  
1221 Finanzbehörden liegt deutlich unter ihrem Bedarf. So kommt es zu einem ungleichmäßigen  
1222 Vollzug der Steuergesetze, der sich auch in einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle zwischen  
1223 den Bundesländern ausdrückt. Das ist verfassungswidrig. Ein zusätzlicher Betriebsprüfer  
1224 bringt dem Fiskus im Durchschnitt eine Million Euro jährlich. DIE LINKE fordert deshalb die  
1225 Personalausgaben der Länder für die Steuerverwaltung beim Länderfinanzausgleich  
1226 besonders zu berücksichtigen. Das soll sicherstellen, dass Länder mit besserer  
1227 Personalausstattung nicht auch noch für ihr Bemühen um Mehreinnahmen und um eine

1228 wirksamere Durchsetzung der Steuergesetze bestraft werden. Dazu muss die Ausstattung  
1229 der Betriebsprüfung personell und technisch verbessert werden.

1230 Unsere Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben sich in der Krise im Unterschied zu  
1231 privaten Banken und Landesbanken mit ihrem soliden regionalen Geschäftsmodell  
1232 behauptet. Vertikale Fusionen im Bereich des staatlichen Bankensektors lehnen wir ab. DIE  
1233 LINKE will Geschäfts- und Landesbanken über der kommunalen Ebene langfristig in  
1234 Regional-Sparkassen überführen, die sich auf ihre Kernfunktion beschränken und größere  
1235 Investitionsvorhaben finanzieren. Die Kernfunktionen sind Zahlungsverkehr,  
1236 Einlagensicherung und Finanzierung sinnvoller Investitionen der realen Wirtschaft. Auf diese  
1237 Weise kann eine auf regionale Erfordernisse und insbesondere kleine und mittelständische  
1238 Firmen ausgerichtete Innovations- und Strukturpolitik betrieben werden.

1239 Wir wenden uns gegen jegliche Versuche, die Sparkassen zu privatisieren. Die Sparkassen  
1240 müssen darauf verpflichtet werden, jeder Rheinland-Pfälzerin und jedem Rheinland-Pfälzer  
1241 ein kostenloses Girokonto zur Verfügung zu stellen. Derzeit bekommen ausgerechnet die  
1242 Ärmsten kein Girokonto, und wenn doch, belasten die Kontoführungsgebühren ihren  
1243 Geldbeutel.

1244 Nicht zuletzt kann eine solide Finanzpolitik auf Landesebene mit einer sinnvollen Struktur-  
1245 und Wirtschaftspolitik verbunden werden, wenn man das Geld, was man gegenwärtig in  
1246 unsinnige Projekte wie den Nürburgring oder die Hochmoselbrücke steckt, in Bildung,  
1247 Umwelt und technologische Innovationen investiert.

1248 DIE LINKE fordert daher:

- 1249 - eine bessere personelle und technische Ausstattung der Betriebsprüfung
- 1250 - keine vertikalen Fusionen im staatlichen Bankensektor
- 1251 - langfristig die Überführung von Landes- und Geschäftsbanken in Regional-  
1252 Sparkassen
- 1253 - keine Privatisierung der Sparkassen
- 1254 - kostenlose Girokonten
- 1255 - keine spekulativen Großprojekte wie Nürburgring oder Hochmoselbrücke
- 1256 - Investitionen in Bildung, Umwelt oder technologische Innovationen

1257

1258

1259

1260 Für Frieden, Abrüstung und Konversion - Für ein Friedensland  
1261 Rheinland-Pfalz

1262

1263 DIE LINKE.Rheinland-Pfalz bekämpft den Krieg und lehnt Einsätze der Bundeswehr im Aus-  
1264 und Inland ab. Die Bundeswehr darf nicht als "Hilfspolizei" eingesetzt werden. Aufgaben von  
1265 Militär und Polizei sowie Militär und zivilem Katastrophenschutz sind strikt zu trennen. DIE  
1266 LINKE. Rheinland-Pfalz wendet sich dagegen, dass die einschlägigen  
1267 Verfassungsbestimmungen seit Jahren unterlaufen werden mit dem Ziel, die Präsenz der  
1268 Bundeswehr im Inneren schleichend, aber kontinuierlich zum Alltag werden zu lassen.

1269 Rheinland-Pfalz ist ein Bundesland mit extrem hoher Dichte an Militärbasen. Über 30000  
1270 US-Soldaten sind hier stationiert. Mit der US-Militärbasis Ramstein befindet sich einer der  
1271 Dreh- und Angelpunkte für den Nachschub für die Kriege in Nahen und Mittleren Osten in  
1272 Rheinland-Pfalz.

1273 DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert die Auflösung der US-Militärstützpunkte, die für CIA-  
1274 Folterflüge und völkerrechtsrechtswidrige Kriege genutzt werden. Diese Militärstützpunkte  
1275 stellen sind darüber hinaus mit hohen Umwelt- und Lärmbelastungen für die Menschen in  
1276 Rheinland-Pfalz verbunden. Dies darf nicht weiter von der rheinland-pfälzischen  
1277 Landesregierung subventioniert und unterstützt werden. Zudem stellt die andauernde  
1278 Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel eine Gefahr für Frieden und Sicherheit dar, die  
1279 umgehend beendet werden muss. Abrüstung schafft Frieden und Arbeitsplätze. DIE LINKE  
1280 wird sich dafür einsetzen, dass Rheinland-Pfalz diese Chance nutzt. Rheinland-Pfalz muss  
1281 ein Friedensland werden.

1282

1283 Zivilgesellschaft stärken - Keine Bundeswehr im Inneren

1284 Ein Einfallstor für die Militarisierung im Inneren ist die so genannte Zivil-Militärische  
1285 Zusammenarbeit (ZMZ). Seit Januar 2007 baut die Bundeswehr flächendeckend kleine  
1286 Kommandos von Reservisten auf. Sie sind zuständig für die ZMZ auf der Ebene von  
1287 Regierungsbezirken beziehungsweise Kreisen und kreisfreien Städten. Angeblich geht es  
1288 dabei um die Unterstützung von zivilen Behörden bei Katastrophen. Tatsächlich werden der  
1289 zivile Katastrophenschutz und der militärische Zivilschutz, der für den Kriegsfall gedacht war,  
1290 zusammengelegt. Im Klartext heißt das: Das Militär ist dauerhaft in  
1291 Katastrophenschutzstäben in örtlichen und regionalen zivilen Verwaltungen eingebunden.  
1292 Damit droht die bisherige verfassungsrechtliche Ausnahme zum Normalzustand zu werden.  
1293 Die Militärkommandos üben beständig mit zivilen Stellen, sammeln Kenntnisse und  
1294 Informationen, haben Verbindungsbüros in Rathäusern und Landratsämtern. Offiziere  
1295 bekommen maßgeblichen Einfluss auf Katastrophenschutzpläne und bestimmen mit, was  
1296 Gefährdungen sind. Die Bundesregierung behält sich den Einsatz gegen Streikende und  
1297 Demonstrierende ausdrücklich vor.

1298 DIE LINKE. Rheinland-Pfalz lehnt die Zivil-Militärische Zusammenarbeit entschieden ab. Der  
1299 zivile Katastrophenschutz wird kaputt gespart und seine Handlungsfähigkeit gefährdet:  
1300 Länder und Kommunen sparen beim Rettungswesen, in der Hoffnung auf die



1301 Bundeswehriinfrastruktur. Für diese haben aber Auslandseinsätze den absoluten Vorrang.  
1302 Nur wenn darüber hinaus finanzielle Mittel und Kapazitäten vorhanden sind, stehen sie für  
1303 zivile Zwecke im Inland zur Verfügung.

1304 DIE LINKE. Rheinland-Pfalz lehnt außerdem die Anwerbeversuche der Bundeswehr in  
1305 Schulen, Berufskollegen und Arbeitsagenturen entschieden ab. Momentan sind Offiziere  
1306 regelmäßige Gäste in Berufsorientierungswochen an Schulen; in den ARGEn warten sie auf  
1307 Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger unter 25. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle  
1308 die Perspektivlosigkeit, die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre  
1309 Rekrutierungspolitik aus.

1310

1311 DIE LINKE. Rheinlandpfalz fordert:

1312 - Die Institutionalisierung der ZMZ zu beenden: Die Landesregierung muss ihre  
1313 Kooperation mit dem Landeskommmando der Bundeswehr beenden.

1314 - Statt der Bundeswehr den Zugang in die zivilen Verwaltungen zu gewähren, ist der  
1315 zivile Katastrophenschutz auf allen Ebenen zu erhalten und zu stärken: Bessere  
1316 Ausstattung mit Personal, Infrastruktur und Finanzen ist unabdingbar. Die Mittel  
1317 können unter anderem aus dem Etat der Bundeswehr bereitgestellt werden.  
1318 Entsprechende Initiativen sollen im Bundesrat entwickelt werden.

1319 - Keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz von  
1320 Soldaten bei Demonstrationen, Fußballspielen und Großveranstaltungen. Die  
1321 Vermischung der Zuständigkeiten von Polizei und Militär stellt einen eklatanten  
1322 Verfassungsbruch dar.

1323 - Die rheinlandpfälzische Landesregierung muss sich im Bundesrat gegen  
1324 Grundgesetzänderungen zur Militarisierung zur Wehr setzen, und auch die  
1325 schleichende Militarisierung in Rheinland-Pfalz muss gestoppt werden.

1326 - Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sind sofort aufzukündigen: Die  
1327 Bundeswehr und ihre Rekrutierungskommandos haben in Schulen und Ämtern  
1328 genauso wenig verloren wie auf unseren Straßen und Plätzen.

1329 - Demilitarisierung der Wirtschaftsförderung: Keine Subventionen und Fördergelder an  
1330 Firmen und Konzerne in Rheinland-Pfalz, die an Rüstungsforschung und Herstellung  
1331 von Rüstungsgütern und Kampfstoffen beteiligt sind.

1332 - Die Schließung der US- und NATO-Militärbasen und insbesondere den Abzug der US-  
1333 Atomwaffen aus Büchel. Rheinland-Pfalz darf nicht weiter die Basis für  
1334 völkerrechtswidrige Kriege in aller Welt sein. Keine weitere Subventionierung dieser  
1335 Militärbasen durch die rheinland-pfälzische Landesregierung.

1336 - Die Aufstockung der Mittel für das landesweite öffentliche Konversionsprogramm, um  
1337 die militärischen Flächen neu nutzen zu können und Arbeitsplätze, die mit den  
1338 Militärbasen verbunden sind, zu ersetzen. Dabei sollen die bisherigen guten  
1339 Erfahrungen aus anderen Bundesländern genutzt werden. Die bisherigen PPP-

- 1340 Projekte als Teil einer Privatisierung öffentlichen Geldes, sollen in öffentliche Hand  
1341 übergehen. Insbesondere die betroffenen Kommunen sollen durch das  
1342 Konversionsprogramm gestärkt werden.
- 1343 - Die Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung, das in  
1344 Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und Städten Konzepte für eine  
1345 Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften sowie für die Schaffung  
1346 alternativer ziviler Arbeitsplätze erarbeitet und die Erfahrungen der  
1347 Konversionsprogramme seit 1992 nutzt. Beschäftigungskonversion und  
1348 Kommunalförderung sollen einen höheren Stellenwert erhalten. Die  
1349 Wirtschaftsförderung für kommunale Betriebe und Genossenschaften sowie für kleine  
1350 und mittlere Unternehmen ist zu verstärken.
- 1351 - Den Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen, die Ausbildung von  
1352 Fachkräften für den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für Jugendliche  
1353 und Erwachsene sowie internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften. Die  
1354 Angebote der rheinland-pfälzischen Stiftung Natur und Umwelt wollen wir auf  
1355 friedenspolitische Projekte ausdehnen.